Industrieverband
Agrar

Jahresbericht
2016|2017

4 Das Jahr in Zahlen

5 Ein Jahr für Könner
Achterbahn-Sommer 2016

8 Nachgefragt
Professor Dr. Oliver Mußhoff

9 Zulassung
Strukturwandel in der Zulassung: Das Ende eines Tabus?

13 Wasser
Überall Pflanzenschutzmittel?
Nitratbericht und neue Düngeverordnung – Probleme gelöst?

17 Kurz notiert

18 „Es gilt, das Vertrauen der Gesellschaft zurückzugewinnen."
Interview
Carl-Albrecht Bartmer, DLG-Präsident

21 Im Dialog
Das trügerische Bauchgefühl
Ungebetene Gäste am Frühstückstisch
Ernte in Gefahr!

25 Schutz & Sicherheit
Das Prinzip der Umweltrisikobewertung

28 PAMIRA
Im Jubiläumsjahr zweitbestes Ergebnis erreicht

29 PRE
Die Erwartungen haben sich erfüllt

30 Der Pflanzenschutzmarkt
Abwärtstrend beim Verkauf von Pflanzenschutzmitteln

32 Der Düngemittelmarkt
Weltweite Stabilität, Rückgang in Europa und Deutschland

34 Team IVA

35 Mitgliedsfirmen

Vorwort

Präsident des Industrieverbands Agrar e. V.

Wir ziehen Bilanz eines paradoxen Jahres: 2016 schrumpfte der Düngemittelabsatz und der Markt für Pflanzenschutzmittel verzeichnete einen Rückgang von über zehn Prozent. Dafür gab es viele Gründe, von Lagerbeständen über schwache Agrarmärkte bis zu Preiskorrekturen bei den Produkten. Nur eine Erklärung scheidet aus: mangelnder Bedarf. Wirksamer Pflanzenschutz war gefragter denn je, um trotz aller Wetterkapriolen am Ende der Saison eine gute Ernte einzufahren. Aber zur Bilanz des vergangenen Jahres gehört auch, dass so manches neue Pflanzenschutzmittel Landwirten nur deshalb nicht zur Verfügung stand, weil es im behördlichen Zulassungsstau feststeckte.

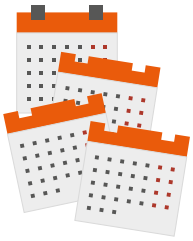
Unsere Industrie bekennt sich zu einem klaren – auch strengen – Regelwerk, sei es im Pflanzenschutz-, Dünge- oder Biozidrecht. Nur müssen sich auch alle Seiten an die Regeln halten! Bei der Pflanzenschutzmittel-Zulassung liegen die Hürden für die Antragsteller hoch, Zulassungsanträge werden streng bewertet. Die eindeutigen Fristen aber, die der europäische Gesetzgeber den Behörden aufgegeben hat, werden bisher nicht eingehalten und wohl nur als unverbindliche Orientierung gesehen. Die Defizite im deutschen Zulassungssystem legte im vergangenen Jahr ein Audit-Bericht der Europäischen Kommission schonungslos offen. Und das Verwaltungsgericht Braunschweig stellte klar, dass europäisches Recht nicht durch deutsche Sonderwege ausgehebelt werden darf.

Im Wahljahr 2017 legen wir Ihnen einen Jahresbericht vor, der politischer ist als seine Vorgänger. Sie finden hier unsere Wünsche und Erwartungen an die Politik. Sie finden aber auch viel Neues und Lesenswertes rund um die moderne Landwirtschaft.

Anregende Lektüre wünscht

Dr. Helmut Schramm

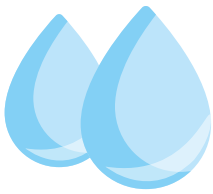
2016 in Zahlen



757 Tage

vergehen durchschnittlich, bis die deutschen Behörden entscheiden, ob ein bereits in der EU zugelassenes Pflanzenschutzmittel auch auf den deutschen Markt kommen darf – mehr als zwei Jahre und damit über sechsmal so lang wie gesetzlich vorgegeben. Denn die Frist von 120 Tagen für diese Zulassungsentscheidungen wurde in Deutschland noch in keinem Fall eingehalten, so die Ergebnisse eines EU-Audits. Welche Folgen dies für Landwirte hat und wie eine Lösung aussehen könnte ab Seite 10.

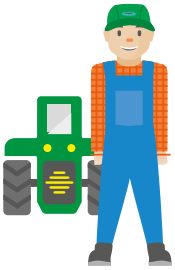
150,7 Liter/m²



Niederschlag an einem Tag. Dieser Höchstwert wurde im Juni 2016 in der Nähe von Meppen in Niedersachsen gemessen. Zum Vergleich: Die Regenmenge des gesamten Sommers liegt durchschnittlich bei etwa 240 Liter/m². Doch 2016 war kein normaler Sommer. Das bekamen einige Regionen deutlich zu spüren: Andauernde Regenfälle, heftige Gewitter und Überschwemmungen hatten teils katastrophale Folgen für die Landwirtschaft. Mehr ab Seite 6.

1 000 Liter

Bier am Tag – hat noch keiner geschafft. So viel müsste man aber nach Berechnungen des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) von einer bestimmten Biersorte konsumieren, um sich an die gesundheitlich bedenklichen Grenzwerte für Glyphosat heranzutrinken. Die zugrunde liegende Rückstandsanalyse sollte auch weniger der Volksgesundheit dienen, sondern war Baustein einer Kampagne gegen den Herbizid-Wirkstoff. Mehr hierzu auf Seite 22.



300

Landwirte und Pflanzenschutzexperten haben sich 2016 auf den Gewässerschutz-Symposien des IVA über wirksame Maßnahmen zum Schutz der Gewässer beim Umgang mit Pflanzenschutzmitteln informiert. Die drei Veranstaltungen fanden in Kooperation mit der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, dem Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie in Sachsen und dem Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei in Mecklenburg-Vorpommern statt. Mehr zum Thema Wasser und Landwirtschaft ab Seite 14.

38 000 km

oder fast einmal um die Welt – so lang reicht die Strecke von 200 Millionen aneinandergereihten Pflanzenschutzmittel-Kanistern. Und das ist die Menge, die seit 1996 in Deutschland durch das PAMIRA-System gesammelt und sicher und umweltgerecht entsorgt worden ist. Mehr zur Bilanz auf Seite 28.

1 008

Schau!-Fenster, so viele wie nie zuvor, werden im Jahr 2017 bundesweit von über 520 Landwirten angelegt. Ein neuer Rekord für die Mitmach-Aktion „Schau ins Feld!“, die veranschaulicht, wie Landwirtschaft ohne Pflanzenschutz aussähe. Alle Details auf Seite 24.

Ein Jahr für Könner

Achterbahn-Sommer 2016

Oder warum Pflanzenschutz unverzichtbar ist

Heftige Gewitter, starke Überschwemmungen, Hagel, wochenlange Trockenheit und sogar Tornados – im Jahr 2016 zeigte sich das Wetter von seiner extremen Seite. Ein echter „Achterbahn-Sommer", wie der Deutsche Wetterdienst resümierte. Denn über mehrere Monate bestimmten regionale Wetterkapriolen das Land und hielten die in Atem, die wie kaum eine andere Berufsgruppe vom Wetter abhängig sind: die Landwirte. Das einhellige Fazit der Praktiker: Ohne wirksamen Pflanzenschutz hätte die Landwirtschaft massive Ernteeinbußen hinnehmen müssen.

„So ein extremes Jahr wie 2016 haben wir hier noch nie erlebt. Wir hatten schon Regenjahre, aber nicht diese Ausmaße und nicht diese Mengen – 300 bis 400 Liter in so kurzer Zeit, so etwas kennen wir nicht. Der Falsche Mehltau hat die ganze Pflanze befallen."

Reinhold Hörner, Winzer aus Rheinland-Pfalz

Im Mai und Juni sorgten andauernde Regenperioden bei teils sintflutartigen Niederschlägen mit örtlich deutlich über 100 Liter pro Quadratmeter für katastrophale Bedingungen. Nach einem weiterhin wechselhaften Juli folgte in der zweiten Augusthälfte dann das andere Extrem: eine Hitzewelle mit tropischen Temperaturen und großer Trockenheit.

Die Folge auf den Feldern: Kulturen unter Wasser, weggespülte Gemüsebeete, verfaulte, später dann vertrocknete Pflanzen und innerhalb kürzester Zeit ein hoher Pilzbefall. Ob Fusarium im Weizen, Weißstängeligkeit im Raps, die Kraut- und Knollenfäule im Kartoffelanbau oder der Falsche Mehltau im Weinbau – die Auswirkungen des unbeständigen und feuchtwarmen Wetters zeigten sich deutlich in den verschiedenen Kulturen.

„Ohne Pflanzenschutz hätten wir in der Region dieses Jahr gar keine nennenswerte Ernte eingefahren."

Werner Räpple,
Präsident des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbands (BLHV)[1]

Der Schutz der Ernte und der Einsatz effizienter Pflanzenschutzmittel bekam unter diesen Bedingungen eine besonders große Bedeutung. Dabei war in der Behandlung vieles anders als sonst. Das Können und Wissen der Landwirte und ihrer Berater war dauernd gefragt. Und nicht selten entschieden Stunden und kurzfristig eingesetzte Maßnahmen darüber, ob die Ernte noch zu retten war oder nicht. Denn durchnässte Böden und die vielen Regenperioden erschwerten immer wieder die Ausbringung der Pflanzenschutzmittel. Ohne wirksame Fungizide und Herbizide, da sind sich die Fachleute einig, hätten manche Regionen einen kompletten Ernteverlust vermelden müssen. Neben der Ertragsmenge bereitete vor allem die Qualität des Ernteguts den Landwirten Sorge.

„Bei uns sind die Weizenerträge um 20 Prozent gefallen und die Qualität ist wesentlich schlechter. So wurde unser Brotgetreide notgedrungen zu Futterweizen. Man will sich gar nicht vorstellen, was passiert wäre, wenn wir keinen Pflanzenschutz gehabt hätten."

Yannick Nagel, Ackerbauer aus Hessen und „Schau ins Feld!"-Teilnehmer

[1] Interview Badische Zeitung, August 2016
[2] Interview Bayerischer Rundfunk, „radioWelt", Bayern 2, August 2016
[3] Interview Südwestdeutscher Rundfunk, „Zur Sache! Rheinland-Pfalz", September 2016

Die Folgen zeigten sich besonders im ökologischen Anbau. Hier brachte die eingeschränkte Wahl an Mitteln viele Landwirte 2016 in Existenznot. Im Wein- und Kartoffelanbau war die Lage so dramatisch, dass in Rheinland-Pfalz die Höchstgrenze für den Pflanzenschutz-Wirkstoff Kupfer, einer der wichtigsten in der ökologischen Bewirtschaftung, auf 4 Kilogramm pro Hektar im Jahr angehoben wurde. Doch der Regen spülte das Schwermetall immer wieder ab und es wirkte nicht ausreichend. Anbauverbände aus dem Biobereich forderten, den Wirkstoff Kalium-Phosphonat wieder für den Einsatz im Ökolandbau zuzulassen, was aber nicht umsetzbar war.

„Wir sind froh, dass wir heute mit Pflanzenschutzmitteln die Pilzinfektionen bekämpfen können. Hätten wir diese nicht gehabt, gäbe es in diesem Jahr keine Kartoffeln."

Joachim Rukwied,
Präsident des Deutschen Bauernverbands[2]

Die Kraut- und Knollenfäule, die zu den schädlichsten und gefährlichsten Kartoffelkrankheiten zählt, breitete sich so stark aus, dass es ohne ausreichenden Schutz in diesem Jahr kaum heimische Kartoffeln gegeben hätte. Was ein solcher Ernteausfall bedeuten kann, war Mitte des 19. Jahrhunderts zu sehen. Hier führte eben dieser Krankheitserreger zu einer schweren Hungersnot mit verheerenden Folgen in ganz Europa und einer beispiellosen Auswanderungswelle.

„Das Jahr 2016 hat es wie kaum ein anderes gezeigt, ohne Pflanzenschutzmittel stößt die Landwirtschaft bei uns schnell an ihre Grenze."

Volker Wissing,
Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz[3]

Dass wir heutzutage solche dramatischen Missernten nicht mehr erleben müssen, ist neben dem globalisierten Handel vor allem dem modernen Pflanzenschutz zu verdanken. Ansonsten wäre auch für die deutschen Verbraucher 2016 wohl ein Ausnahmejahr geworden – Obst und Gemüse deutlich teurer und nur mit einer kläglichen Auswahl an regionalen Produkten in den Auslagen der Supermärkte, Wochenmärkte, Bäcker oder Weinhändler.

red.

Nachgefragt bei Professor Dr. Oliver Mußhoff

Professor am Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung, Georg-August-Universität Göttingen

Braucht Deutschland eine Steuer auf Pflanzenschutzmittel, Professor Mußhoff?

Ein Gutachten des Umweltforschungszentrums (UFZ) Leipzig kam 2015 zu dem Schluss, dass die Einführung einer Steuer auf Pflanzenschutzmittel in Deutschland zu empfehlen ist. Als Hauptmotivation einer solchen Steuer führen die UFZ-Gutachter zum einen die zu geringe Kontrollintensität im Pflanzenschutzmittel-Bereich an. Zum anderen wird auf einen starken Anstieg der abgesetzten Wirkstoffmenge in Deutschland verwiesen.

Kann eine zu geringe Kontrollintensität die Einführung einer Steuer motivieren?

Mit dem Hinweis auf eine mit „nur" 1,8 Prozent in Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwirtschaft geringe Kontrollintensität wird impliziert, dass es zahlreiche unentdeckte Verstöße (zum Beispiel Überdosierungen) gibt. Untersuchungen des Julius Kühn-Instituts im Netz der „Vergleichsbetriebe Pflanzenschutz" und die „Nationale Berichterstattung Pflanzenschutzmittelrückstände in Lebensmitteln" des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit weisen darauf hin, dass Regelverstöße durch Landwirte eher die Ausnahme sind – die sprichwörtlich schwarzen Schafe eben. Warum gerade eine Steuer zielführend dazu beitragen kann, schwarze Schafe zu identifizieren, bleibt unklar. Nur weil es einige Falschparker gibt, wird niemand die Kfz-Steuer erhöhen, die alle Autofahrer unabhängig von ihrem Parkverhalten treffen würde.

Ob Kontrollen wirken, hängt nicht nur von deren Intensität ab, sondern auch von der Höhe der bei einem aufgedeckten Verstoß drohenden Strafen: Wenn die für Falschparken erwartete Strafe geringer ist als die Parkgebühr, würde selbst bei lückenlosen Kontrollen falsch geparkt werden. Drohen dagegen drakonische Strafen, würden sogar bei gegen null gehender Kontrollintensität Parkverbote eingehalten. Maßgeblich ist auch die Strafandrohung und nicht nur die Kontrollintensität. Und kommt ein Landwirt seiner Aufzeichnungspflicht über Pflanzenschutzmittel-Anwendungen nicht nach, droht ihm die Kürzung der EU-Direktzahlungen, sodass schon die mit vergleichsweise harmlosen Verstößen verbundenen Konsequenzen keine „peanuts" darstellen.

Stimmt es überhaupt, dass die Wirkstoffmenge seit 1993 gestiegen ist?

Die abgesetzte Wirkstoffmenge sei seit 1993 um 36 Prozent angestiegen. Die UFZ-Gutachter begründen so die Forderung nach einer Pflanzenschutzmittel-Steuer. Allerdings kommt die Wahl des Referenzjahres einem statistischen Trick gleich: 1993 wurden in Deutschland so wenig Pflanzenschutzmittel abgesetzt wie in keinem anderen Jahr seit 1973. Dafür gab es zwei Gründe: In der EU wurde die obligatorische Flächenstilllegung erstmals wirksam und es liefen Aufbrauchfristen für Restbestände aus DDR-Zeiten aus. Hätte man das Jahr 1987 mit dem historisch höchsten Absatz als Referenz gewählt, man hätte argumentieren können, dass der Pflanzenschutzmittel-Absatz in den zurückliegenden 30 Jahren um über 10 Prozent gesunken ist. Aber auch diese Aussage wäre wissenschaftlich nicht redlich.

Kann eine Pflanzenschutzmittel-Steuer die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen?

Sondersteuern als ökonomisches Steuerungsinstrument können als scharfes Schwert ausgestaltet werden; falsch angewendet, verfehlen sie ihr Ziel und können sogar Schaden anrichten. Verteuert man Pflanzenschutzmittel in Deutschland durch eine Steuer, geht vielleicht die Einsatzmenge zurück. Gleichzeitig sinkt dann aber auch der Output der landwirtschaftlichen Produktion. Geht der Verbrauch von Agrarrohstoffen nicht mindestens im gleichen Maße zurück (was unwahrscheinlich ist), verlagert sich die landwirtschaftliche Produktion in andere Regionen, in denen aber möglicherweise geringere (Umwelt)-Standards gelten. Im ländlichen Raum würde eine nachlassende Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft den Strukturwandel verschärfen („Höfesterben"). Über Vor- und Nachteile verschiedener Anbaumethoden kann man diskutieren und man muss sich am Ende nicht einig sein. Allerdings muss die Diskussion auf der Basis wissenschaftlich nachvollziehbarer und richtiger Grundlagen erfolgen.

Zulassung

Strukturwandel in der Zulassung: Das Ende eines Tabus?

Seit Juni 2011 gilt europaweit die Pflanzenschutzverordnung (EG) Nr. 1107/2009, mit der unter anderem das zonale Bewertungsverfahren eingeführt wurde. Die Gesetzgeber versprachen sich davon „Vorhersehbarkeit, Effizienz und Kohärenz" im Zulassungsverfahren. Eckpfeiler dafür sind die EU-weite Harmonisierung der Kriterien, Verfahren und Bedingungen für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln sowie EU-weit geltende, verbindliche Fristen für die Dauer der Zulassungsverfahren.

Rekord-Antragsstau: Zulassungssystem vor dem Kollaps Mit einer reibungslosen Umstellung auf das zonale System hatte niemand gerechnet. Im Bericht der Bundesregierung zum Stand der Harmonisierung der Zulassungsverfahren in Deutschland vom Mai 2014 wurde dann auch festgestellt, dass die Mehrzahl der Anträge nicht innerhalb der von der Verordnung 1107/2009 vorgesehenen Fristen bearbeitet wird und dass „erheblicher Harmonisierungsbedarf" besteht.

Der IVA warnte schon seinerzeit eindringlich vor einem drohenden Scheitern des zonalen Zulassungssystems, sofern weiterhin nationale Sonderanforderungen, mangelndes Vertrauen der Behörden in die Bewertungen anderer Mitgliedstaaten und die unzureichende Umsetzung europäischer Leitlinien eine wirkliche Harmonisierung verhindern würden.

In den Folgejahren wurden die schlimmsten Befürchtungen der IVA-Mitgliedsfirmen noch übertroffen. Für das Jahr 2015 berichtete das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) über einen Rekordwert von 230 Zulassungsanträgen. Die Praxis der deutschen Behörden, weiterhin jeden Antrag vollumfänglich zu prüfen, selbst wenn ein anderer Mitgliedstaat schon eine Zulassung ausgesprochen hatte, führte in Kombination mit dem hohen Antragseingang zu extremen Verzögerungen („Verfristungen") und in der Konsequenz zu einem nie dagewesenen Stau von über 600 Anträgen.

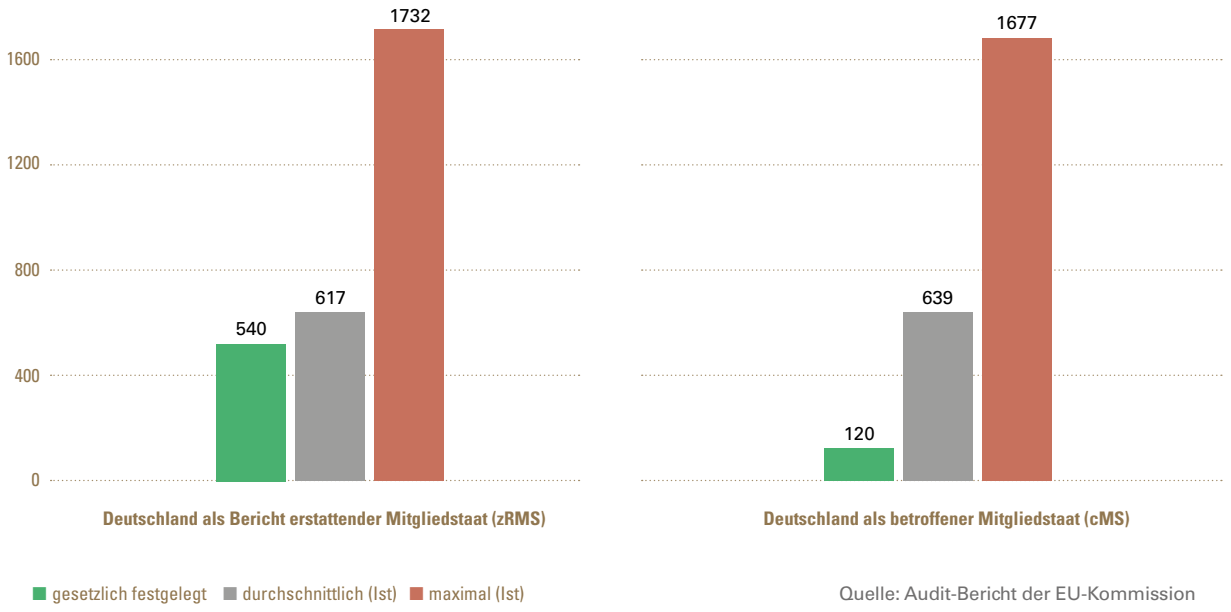
EU-Kommission bestätigt eklatante Verzögerungen Fünf Jahre nach Einführung des zonalen Systems wollte sich die EU-Kommission einen Eindruck über dessen Funktionieren verschaffen und beauftragte ein Team aus Inspektoren damit, die Zulassungssysteme in mehreren Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, zu überprüfen (siehe Kasten). Die Ergebnisse des Audits sind alarmierend. Das Berichtsteam kommt darin zu dem Schluss, dass eklatante Verzögerungen bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln in Deutschland „an der Tagesordnung sind". So wurden zum Beispiel von 75 Anträgen, für die Deutschland im Jahr 2013 Bericht erstattender Mitgliedstaat (zRMS) war,

Kurz & Knapp

Wie läuft ein EU-Audit ab?

Die Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (DG SANTE) der Europäischen Kommission führt Inspektionen und Audits durch, um sicherzustellen, dass die nationalen Behörden ihre gesetzlichen Pflichten im Bereich Lebensmittelsicherheit sowie Pflanzen- und Tiergesundheit erfüllen. Dazu erarbeitet die DG SANTE gemeinsam mit den Mitgliedstaaten ein mehrjähriges Arbeitsprogramm.
In diesem Fall befragten die Inspektoren Anfang März 2016 eine Woche lang Zulassungsbehörden, Ministerien und Pflanzenschutzdienste, ließen sich Zahlen zu Antragseingang, Bearbeitungsdauer und Personalausstattung vorlegen und vollzogen anhand konkreter Beispiele akribisch den Ablauf der verschiedenen Verfahren nach. Auch Antragsteller und Vertreter von Anbauverbänden wurden angehört. Vertreter des IVA erhielten Gelegenheit, die Situation aus ihrer Sicht zu schildern und Einblicke in die wirtschaftlichen Folgen der Verfahrensverzögerungen zu geben. Der Abschlussbericht wurde im Dezember 2016 veröffentlicht.

Bearbeitungsdauer Zulassungsanträge
in Tagen



Quelle: Audit-Bericht der EU-Kommission

lediglich zwei beschieden. Seit der Einführung des zonalen Systems wurde kein einziger Antrag innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist zu Ende bearbeitet. Dass die deutschen Behörden die Bewertungen anderer Mitgliedstaaten noch immer nicht anerkennen, lässt sich daran ablesen, dass Deutschland als betroffener Mitgliedstaat (cMS) sogar länger für die Zulassung braucht, als wenn es zRMS ist.

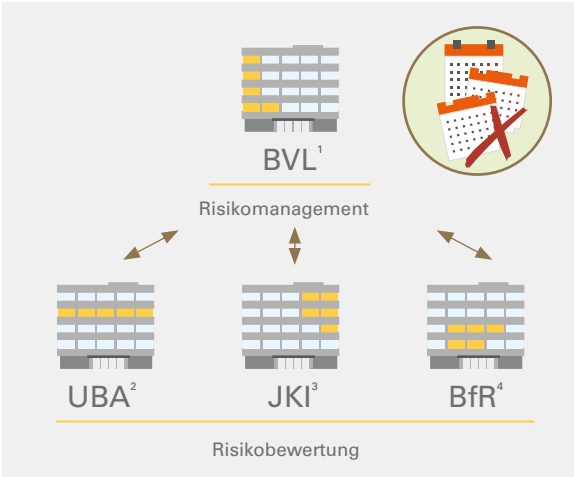
Diese im Audit-Bericht festgestellte „systemische Nichteinhaltung der Fristen" hat verschiedene Ursachen. So gibt es eine große Zahl spezifisch deutscher Modelle und Datenanforderungen, insbesondere im Bereich des Umweltverhaltens und der Ökotoxikologie. Fehlende Harmonisierungsbereitschaft führt hier zu erhöhtem Bewertungsaufwand und somit zu Verzögerungen.

Die Inspektoren konstatierten außerdem eine mangelnde Abgrenzung zwischen Risikobewertung und Risikomanagement, die wegen der zeitaufwändigen Abstimmung zwischen dem BVL und dem Umweltbundesamt (UBA) zu weiteren Verzögerungen führt.

Vor allem aber macht das komplexe Geflecht aus vier beteiligten Behörden das Zulassungssystem schwerfällig und ineffizient.

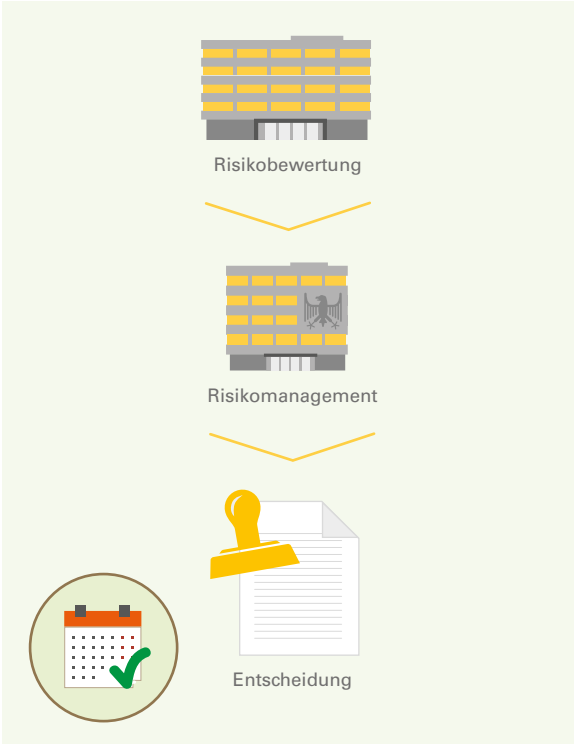
In ihren Schlussfolgerungen stellen die Auditoren fest, dass mittelfristig keine Chance besteht, die Fristen einzuhalten, „sofern nicht durchgreifende Maßnahmen" – im englischen Originalbericht noch deutlicher als „drastic measures" bezeichnet – ergriffen werden. Konsequenterweise wird eine Überarbeitung des Zulassungssystems gefordert, damit die gesetzlich vorgeschriebenen Fristen eingehalten werden. Ein Maßnahmenplan der deutschen Behörden, der als Reaktion auf die Empfehlungen der Auditoren vorgelegt werden musste, sieht zwar Schritte zur Verfahrens- und Prozessoptimierung sowie zur verbesserten Harmonisierung vor. Ausgerechnet für die gravierendsten Probleme – die extremen Verzögerungen bei der Anerkennung der Zulassung anderer Mitgliedstaaten und die Abstimmungsprobleme der Behörden untereinander – bietet der Plan jedoch keine Lösungen an.

HEUTE:
Verteilte Verantwortung, komplexe Strukturen



[1] Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit
[2] Umweltbundesamt
[3] Julius Kühn-Institut
[4] Bundesinstitut für Risikobewertung

VISION:
klare Strukturen, effiziente Abläufe



Die Zeit ist reif für einen Strukturwandel

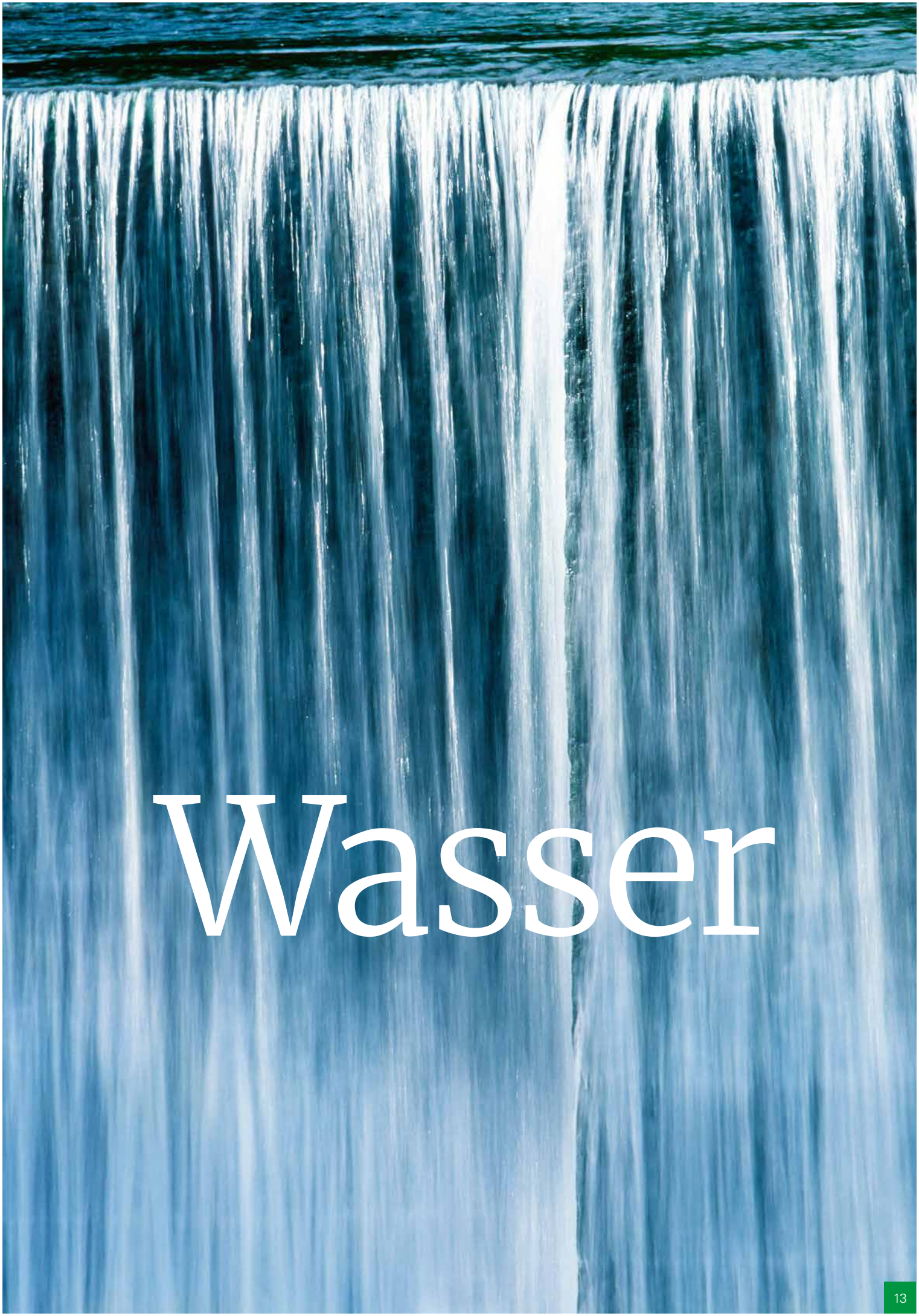
Das Problem der Antragsstaus ist nicht neu: Schon 2005 wurde ein erstes „Aktionsprogramm zum Abbau des Antragsstaus" angestoßen. Die Ursachen waren auch damals in erster Linie in der Behördenstruktur zu suchen. Die Chance für die überfällige Reform im Rahmen der neuen Pflanzenschutzgesetzgebung 2011 wurde vom Gesetzgeber aus politischen Gründen nicht ergriffen. Stattdessen blieb es den Behörden überlassen, sich unter den gegebenen Bedingungen auf die veränderten Anforderungen einzustellen.

Wie der Bericht der EU-Kommission nun zeigt, ist das kläglich gescheitert. Soll Deutschland als Zulassungsstandort künftig funktionieren und auch kommenden Herausforderungen gewachsen sein, bedarf es einer grundlegenden Strukturreform. Idealerweise sollte die Risikobewertung für alle Fachbereiche rein wissenschaftsbasiert unter dem Dach einer einzigen, politisch unabhängigen, nicht weisungsgebundenen Institution stattfinden – sei es nun Agentur, Behörde oder Institut. Das erleichtert die Abstimmung und erhöht die Effizienz.
Das Risikomanagement wiederum muss organisatorisch und disziplinarisch klar davon getrennt sein. Sinnvollerweise sollte die Entscheidungsbefugnis über die Zulassung beim für Landwirtschaft zuständigen Ministerium liegen.

Eine schlanke, effiziente Organisation allein gewährleistet aber noch nicht die Einhaltung der gesetzlichen Fristen. Grundvoraussetzung dafür wäre eine vorbehaltlose Umsetzung des zonalen Verfahrens, insbesondere die Anerkennung der Bewertungen anderer Mitgliedstaaten.

Wunschträume oder legitime Forderungen? Sicher ist, dass der Spielraum der Zulassungsbehörden für nationale Alleingänge sehr begrenzt ist. Das bestätigt ein kürzlich ergangenes Urteil des Verwaltungsgerichts Braunschweig. Auch der Wunsch nach einer funktionsfähigen Behördenstruktur erscheint nur legitim, gleicht aber einem Stich ins Wespennest. Sollten sich die Wespen plötzlich als fleißige, disziplinierte Arbeitsbienen entpuppen, würde die Forderung hinfällig – aber das ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Dr. Regina Fischer



Wasser

Überall Pflanzenschutzmittel?

Die in Pflanzenschutzmitteln enthaltenen Wirkstoffe sind hochwirksam. Um potenziell entstehende Risiken zu minimieren, wird gesetzlich ein schneller Abbau gefordert. Als Endprodukte entstehen beispielsweise Kohlenstoffdioxid und Wasser. Beide Stoffe sind genau genommen Abbauprodukte von Pflanzenschutzmitteln. Natürlich hätte es aber keinen Sinn, Wasser als Metaboliten eines Pflanzenschutzmittels zu betrachten.

Um entscheiden zu können, ab wann Abbauprodukte von Pflanzenschutzmitteln toxikologisch unbedenklich sind, wurde der Begriff der nicht relevanten Metaboliten (nrMet) eingeführt (siehe Kasten). Die Anforderungen an nrMet sind auf EU-Ebene genau definiert und wurden für Deutschland noch einmal präzisiert und verschärft.[1,2] Sie sind in ihren Eigenschaften nicht mit Wirkstoffen vergleichbar und werden toxikologisch als unbedeutend betrachtet. Es wäre davon auszugehen, dass sie im Wasser wie andere anthropogene Stoffe behandelt werden. Da sie aber aus Pflanzenschutzmitteln entstehen, ist das in der EU nicht der Fall. Stattdessen werden strengere Maßstäbe angesetzt.

Schon aus ihrer Definition ist ersichtlich, dass für nrMet umfangreiche wissenschaftliche Daten erzeugt werden müssen. Sonst ließe sich der Unterschied zu den relevanten Metaboliten nicht treffen. Folglich können sie deutlich besser bewertet werden als viele andere Stoffe, die durch den Menschen in die Umwelt gelangen. Darüber hinaus wurden aus Vorsorgegründen Leitwerte formuliert. Diese betreffen alle nrMet, unabhängig von ihren tatsächlichen Stoffeigenschaften. Der IVA und die Pflanzenschutzindustrie engagieren sich mit vielen Partnern und mit verschiedenen Aktivitäten, um den Eintrag von nrMet ins Wasser so gering wie möglich zu halten.

Was aber, wenn ein nrMet identisch mit dem Abbauprodukt einer anderen Substanz ist? Ein gutes Beispiel ist Trifluoracetat (TFA). TFA kann potenziell aus über einer Million menschengemachter Chemikalien entstehen – darunter Pflanzenschutzmittel, Medikamente, Kühlmittel und Treibgase.[3] Letztere haben in den vergangenen 20 Jahren weite Verbreitung gefunden – als Ersatz für die Ozonschicht schädigende Substanzen. Das aus ihnen in der Atmosphäre gebildete TFA regnet wieder ab. Daneben hat TFA natürliche Quellen, besonders im Ozean. Die Konzentration dort liegt generell bei etwa 0,2 µg/l. Konsequenterweise müsste festgestellt werden, dass Ozean und Regen den nrMet eines Pflanzenschutzmittels oberhalb der Bestimmungsgrenze enthalten. Folglich wären Abbauprodukte von Pflanzenschutzmitteln quasi überall im Wasser nachweisbar, selbst wenn sie nicht aus Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffen entstehen. Das Paradoxe daran ist, dass bei erhöhten Funden dieser Substanzen mit hoher Wahrscheinlichkeit zuerst auf die Reduktion oder den Verzicht von Pflanzenschutzmitteln gedrängt wird – selbst wenn keinesfalls klar ist, ob diese nennenswert zu dem Fund beitragen. Die Landwirtschaft wird dadurch in den Möglichkeiten der Wirkstoffrotation eingeschränkt. Gerade diese ist aber eines der entscheidenden Mittel zum Schutz des Grundwassers vor Einträgen von Pflanzenschutzmitteln.

Kurz & Knapp

Nicht relevante Metabolite (nrMet) von Pflanzenschutzmitteln

Um als „nicht relevant" eingestuft zu werden, muss ein Pflanzenschutzmittel-Metabolit eine Reihe von Bedingungen erfüllen. Zum Beispiel darf er keine mit dem Wirkstoff vergleichbare biologische Aktivität aufweisen. Zusätzlich muss belegt sein, dass die Substanz toxikologisch unbedenklich ist. Dafür darf sie beispielsweise weder als giftig, erbgutverändernd, fortpflanzungsgefährdend oder krebserregend eingestuft sein. Auch eine Gefahr für Grundwasserökosysteme darf nicht von ihr ausgehen.

Aus Vorsorgegründen wurden für nrMet dennoch verschiedene Leitwerte im Wasser formuliert:

Grundwasser
- Leitwert von 10 µg/l in der Pflanzenschutzmittel-Zulassung

Trinkwasser (nur in Deutschland)
- Gesundheitliche Orientierungswerte: 1 µg/l bzw. 3 µg/l
- Vorsorgemaßnahmewert: 10 µg/l, nur vorübergehend

[1] Europäische Kommission: Guidance Document on the Assessment of the Relevance of Metabolites in Groundwater of Substances Regulated under Council Directive 91/414/EEC. – Sanco/221/2000 rev.10-final, 25. Feb. 2003.
[2] Michalski et al. (2004): Beurteilung der Relevanz von Metaboliten im Grundwasser im Rahmen des nationalen Zulassungsverfahrens für Pflanzenschutzmittel. – Nachrichtenbl. Deut. Pflanzenschutzd. 56: 53–59.
[3] Solomon et al.: Sources, fates, toxicity, and risks of trifluoroacetic acid and its salts: Relevance to substances regulated under the Montreal and Kyoto Protocols – J. Toxicol. Environ. Health, Part B Vol. 19, Iss. 7, 2016.

Und gerade an einem Beispiel wie TFA zeigt sich, dass diese Vorgehensweise in der Beurteilung von Stoffen nicht zweckmäßig ist. Sie kennzeichnet die Widersprüchlichkeit im Umgang mit Chemikalien: Das Abbauprodukt eines Pflanzenschutzmittels wird strenger reguliert als das Abbauprodukt eines Kühlmittels – auch wenn es sich dabei um den identischen Stoff handelt. Zielführender wäre es in solchen Fällen, stoffspezifische Grenzwerte basierend auf den Eigenschaften der Substanz festzulegen, anstatt dogmatisch die Vorsorgewerte für nrMet anzuwenden. Von einer solchen sachlichen und wissenschaftlichen Herangehensweise würden sowohl Mensch als auch Natur profitieren. Denn sie lenkt beschränkte Ressourcen auf tatsächliche Probleme, statt sie bei Substanzen/Konzentrationen zu verschwenden, die weder eine Umweltrelevanz besitzen noch ein Risiko für den Menschen darstellen.

Dr. Marco Reitz

Nitratbericht und neue Düngeverordnung – Probleme gelöst?

Gewässerschutz spielt auch in der Pflanzenernährung eine wichtige Rolle. In Medien und Politik stehen dabei vor allem zu hohe Nitratkonzentrationen in einigen Grundwasserbrunnen im Mittelpunkt. Im nationalen Nitratbericht 2012 waren knapp 50 Prozent der bewerteten Messstellen mit über 50 mg/l Nitrat belastet und Deutschland stand im europäischen Vergleich auf dem vorletzten Platz – knapp vor Malta. Wegen des Verstoßes gegen die EU-Nitratrichtlinie hat die EU-Kommission das laufende Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland angestoßen und es drohen nach einer Verurteilung vor dem Europäischen Gerichtshof Strafen in Millionenhöhe.

Die Nitratberichte 2012 und 2016 sowie die Klage der EU-Kommission haben Handlungsbedarf für eine weitere Verschärfung des Düngerechts deutlich gemacht. Über die Details des neuen Düngerechts wurde auf allen politischen Ebenen und innerhalb der Branche intensiv diskutiert. Deshalb hat die Bundesregierung mehr als drei Jahre Anlauf benötigt, bis die neuen Regelungen Ende März 2017 im Bundesrat endgültig verabschiedet wurden.

Hauptgrund für das schlechte Abschneiden im EU-Vergleich war die äußerst geringe Anzahl und wesentlich risikobezogenere Verteilung der Messstellen. Im neuesten Nitratbericht 2016 der Bundesregierung, der die Entwicklung im Zeitraum 2012 bis 2014 umfasst, haben Bund und Länder deshalb das Messstellennetz deutlich ausgeweitet und die Verteilung verändert: Das Gesamt-EUA-Messnetz stieg auf 1 215 Messstellen (früher 739), das für den Nitratbericht entscheidende Nitrat-Teilmessnetz Landwirtschaft von 162 auf 697 Messstellen. Da viele Messpunkte früher bereits bestanden und lediglich nicht berücksichtigt wurden, sind die einzelnen Messdaten im neuen Netz bis 2008 vergleichbar.

Der aktuelle Nitratbericht enthält drei zentrale Aussagen:

1) Die Verteilung der Messwerte im Direktvergleich des alten und des neuen Teilmessnetzes Landwirtschaft hat sich gravierend verändert, der Anteil hoch belasteter Messstellen (> 50 mg/l) hat sich beinahe halbiert, der Anteil unbelasteter Messpunkte (< 25 mg/l) hat sich versechsfacht.

2) Betrachtet man das neue, erweiterte Teilmessnetz, so hat sich 2012 bis 2014 die Häufigkeitsverteilung der mittleren Nitratgehalte gegenüber 2008 bis 2011 kaum verändert (weniger als 1 Prozent).

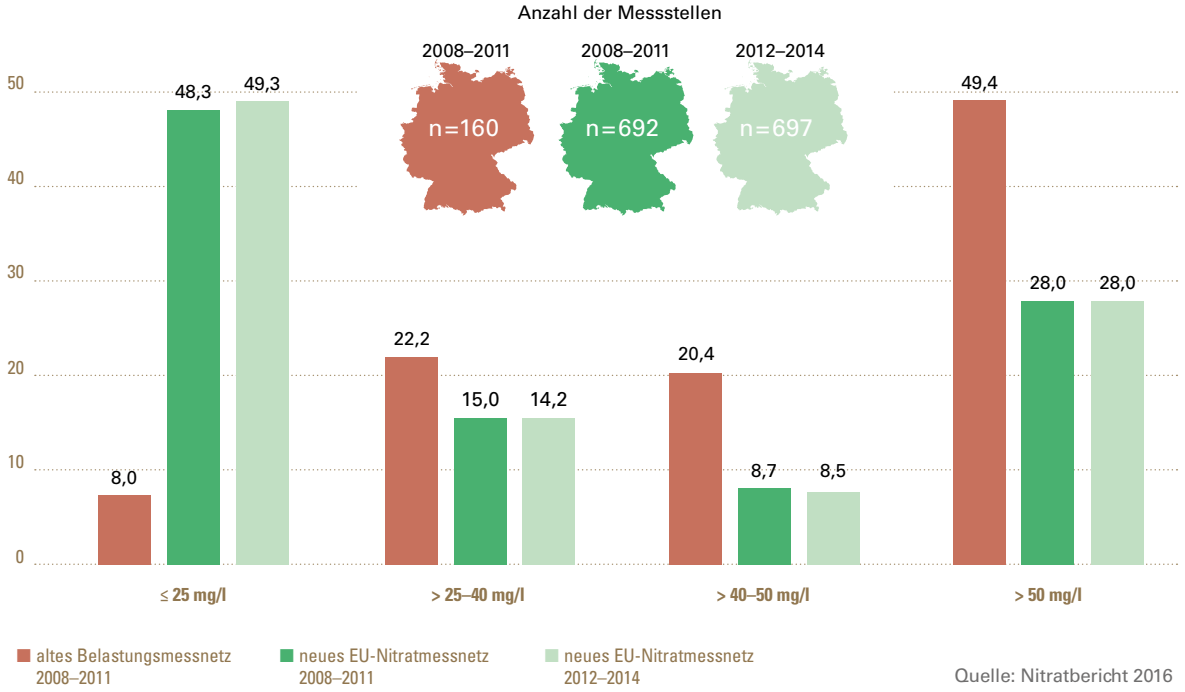
3) Die Entwicklung der mittleren Nitratgehalte der einzelnen Messstellen lässt keinen Trend erkennen. Knapp 40 Prozent der Messstellen sind gleichbleibend, 17 Prozent leicht und 16 Prozent stark abnehmend, 11 Prozent leicht und 16 Prozent stark zunehmend. Es finden sich alle Varianten bei gering und stark belasteten Messstellen.

Was lässt sich daraus folgern? Es kommt immer auf die konkrete Situation vor Ort an, Verallgemeinerungen werden dem Problem nicht gerecht. Dennoch zeigen sich vor allem in drei Konstellationen die größten Probleme: In den Hochburgen der Viehproduktion mit zahlreichen Biogasanlagen (vor allem Niedersachsen), in Regionen mit Gemüse- oder Weinanbau mit durchlässigen Böden (zum Beispiel im Rheingraben) und in Regionen mit geringer Regenwasserneubildung (zum Beispiel im Thüringer Becken).

Die neue Düngeverordnung soll helfen, die Grundwasserqualität in den belasteten Gebieten zu verbessern. Deshalb werden die Leitplanken für alle Landwirte deutschlandweit deutlich enger gesteckt. Zudem erhalten die Länder in belasteten Gebieten die Möglichkeit, noch schärfere Vorschriften zu erlassen. Dies wird zu erheblichen Veränderungen, insbesondere bei der Verbringung und dem Einsatz von Wirtschaftsdüngern und Gärresten, führen. Davon wird auch der Einsatz moderner Mineraldünger nicht unberührt bleiben, die im Vergleich immer noch die höchste Effizienz und beste Dosierbarkeit bieten.

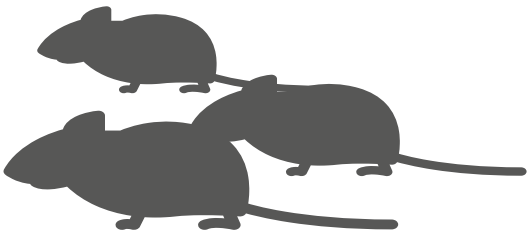
Dr. Sven Hartmann

Häufigkeitsverteilungen der mittleren Nitratgehalte des alten Belastungsmessnetzes im Vergleich zum neuen EU-Nitratmessnetz in Prozent



Quelle: Nitratbericht 2016

Kurz notiert



Viele Fragen zu Haus und Garten

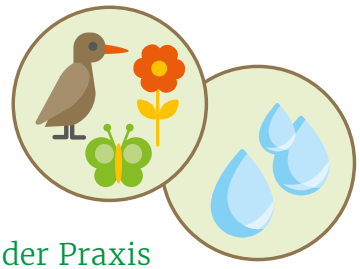
Auf der 60. Deutschen Pflanzenschutztagung 2016 war der IVA mit zahlreichen Vorträgen präsent. Neben Präsentationen in bereits bewährten Themenbereichen wie Recht und Umwelt gab es in diesem Jahr auch erstmals eine eigene Sektion zum Thema „Haus & Garten“. Die vielen Diskussionen und Fragen zum Thema zeigen den hohen Informationsbedarf, den es im Bereich Privatgarten gibt. Daher ist eine Präsenz der Sektion auch 2018 wieder geplant.

Biozide – droht eine Rattenplage?

Wichtige Produkte zur Schadnagerbekämpfung sind bald nicht mehr für private Anwender verfügbar. Denn die Wirkstoffgruppe der Blutgerinnungshemmer (Antikoagulanzien) wurde von der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) als reproduktionstoxisch eingestuft. Produkte mit diesen Wirkstoffen oberhalb einer Konzentration von 0,003 Prozent dürfen nach Biozidrecht nicht an private Anwender abgegeben werden. Obwohl mehrere Wirkstoffe auch in Konzentrationen unter diesem Grenzwert ausreichend wirksam sind. Der Bedarf im privaten Bereich ist weiterhin so hoch, dass professionelle Schädlingsbekämpfer dies alleine nicht abdecken können. Und mit Köderboxen im oder ums Haus könnten diese Produkte auch durch Amateure sicher angewendet werden.

Sichere Lebensmittel

Lebensmittel aus Deutschland und der EU weisen nur sehr selten zu hohe Rückstände an Pflanzenschutzmitteln auf. Bei 1,1 Prozent der untersuchten Proben konnten im Jahr 2015 Überschreitungen festgestellt werden, so die Untersuchungsergebnisse, die das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) in der „Nationalen Berichterstattung Pflanzenschutzmittelrückstände in Lebensmitteln 2015“ veröffentlichte. In beliebten Lebensmitteln wie Karotten, Kartoffeln, Bananen oder Himbeeren wurden gar keine Rückstände festgestellt. Auffälliger sind Kulturen wie Bohnen und Tee und Erzeugnisse aus Drittländern. Letztere überschritten in 5,5 Prozent der Proben die erlaubten Grenzwerte.



DLG-Feldtage: Nachhaltigkeit in der Praxis

Auch 2016 beteiligte sich der IVA wieder mit seinem „Treffpunkt Pflanzenschutz“ an den DLG-Feldtagen. Diese fanden im Juni unter witterungsbedingt schwierigen Voraussetzungen auf Gut Mariaburghausen im bayerischen Haßfurt statt. Der IVA demonstrierte vor Ort, wie Maßnahmen zu den Nachhaltigkeitsthemen Gewässerschutz und Biodiversität in die betriebliche Praxis integriert werden können, und informierte über Konfliktlösungen zwischen Landwirt und Spaziergängern am Feldrand oder Nachbarn mit Gartengrundstück.

Carl-Albrecht Bartmer, DLG-Präsident

„Es gilt, das der

Zur Person
Carl-Albrecht Bartmer ist seit 2006 Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG). Als Landwirt bewirtschaftet er zudem einen 1 000 Hektar großen Ackerbaubetrieb in Löbnitz an der Bode in Sachsen-Anhalt.

Signale erkennen. Weichen stellen. Vertrauen gewinnen. – Unter diesem Leitgedanken hat die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) im Januar 2017 zehn Thesen zur Landwirtschaft 2030 veröffentlicht. Ihr Ziel ist es, Anstöße für die Weiterentwicklung der Landwirtschaft und der Agrarbranche zu geben und eine Diskussion darüber zu starten, was sich ändern muss – im Ackerbau und in der Tierhaltung, aber auch ganz konkret bei den Landwirten. Wir haben nachgefragt beim Präsidenten der DLG, Carl-Albrecht Bartmer.

Vertrauen Gesellschaft

zurückzugewinnen.“

Herr Bartmer, Sie haben zu Beginn des Jahres mit der Veröffentlichung des Thesenpapiers für Aufsehen gesorgt. Haben Sie mit dieser großen Resonanz und Diskussion gerechnet?

Eine der wichtigsten Aufgaben der Fachorganisation DLG ist die Ableitung eines realistischen Zukunftsbildes, eines Entscheidungsrahmens für landwirtschaftliche Unternehmer. Dieser Aufgabe stellt sich die DLG regelmäßig alle zehn Jahre, so auch in diesem Jahr zur Landwirtschaft 2030.

Wir haben grundlegende Fragen aufgeworfen. Deshalb freue ich mich, dass sowohl innerhalb der Branche als auch weit über diese hinaus in der gesamten Gesellschaft eine fruchtbare Diskussion zur Weiterentwicklung der Landwirtschaft stattfindet – wohl wissend, dass die Herausforderungen der Zukunft nicht mit den Konzepten der Vergangenheit gelöst werden können.

Sie sprechen von Zielkonflikten in der Landwirtschaft – wie denen zwischen Produktivität, Tierwohl und Umweltschutz. Welchen Lösungsansatz sehen Sie hier für sich als praktizierender Landwirt?

Mit starrem Ordnungsrecht wird es uns nicht gelingen, Ansätze zur Lösung der Zielkonflikte zu finden, weil die Möglichkeiten des Ordnungsrechts auch bei bestem Willen die Vielfalt lokaler Gegebenheiten nicht widerspiegeln können. Vielmehr sind individuelle, standortangepasste Lösungen des einzelnen Landwirts vor Ort gefragt – im Rückschluss eine Herausforderung an dessen Kreativität und Gestaltungswillen. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei der Einsatz innovativer Technik.

Pflanzenschutz ist in der gesellschaftlichen Debatte um die Landwirtschaft ein Reizwort. Und manch einer will aus den DLG-Thesen die Ablehnung von chemischem Pflanzenschutz herausgelesen haben. Welche Herausforderungen sehen Sie für einen wirksamen Pflanzenschutz in Zukunft?

Das Gegenteil ist der Fall! Aber um Pflanzenschutzmittel wirksam zu halten, müssen sie intelligenter eingesetzt werden. Pflanzenschutzmittel als Vehikel für einfache Agrarmanagementsysteme zu verstehen, führt uns zu instabilen Systemen. Das Beispiel England, wo der Anbau von Weizen an einigen Standorten aufgrund einer Herbizidresistenz von Ackerfuchsschwanz nicht mehr möglich ist, sollten wir uns ersparen.

Damit uns auch in Zukunft wirksamer Pflanzenschutz zur Verfügung steht, müssen wir die Vielfalt unserer ackerbaulichen Werkzeuge und unseres landwirtschaftlichen Könnens von der Fruchtfolgegestaltung über den Aussaattermin bis zur mechanischen Unkrautregulierung nutzen. Zudem brauchen wir neue, innovative Lösungen in der Schnittmenge aus Züchtung und Pflanzenschutz. Nicht zuletzt die Digitalisierung birgt große Potenziale für eine nachhaltigere Bewirtschaftung der Felder.

Die Industrie klagt lautstark über regulatorische Hürden und langwierige Zulassungsverfahren. Teilen Sie die Sorge, dass der Landwirtschaft die Pflanzenschutzmittel ausgehen?

Ja, und nicht zu Unrecht hat die EU-Kommission die Länge der Zulassungsprozesse in Deutschland kritisiert. Das ist auch unter dem Blick Resistenzmanagement fatal, wenn wir uns auf immer weniger zugelassene Wirkstoffe beschränken müssen.
Damit die Weichen richtig gestellt werden können, ist auch seitens der Gesellschaft ein innovationsoffenes Klima unverzichtbar.

Wie könnte eine Umsetzung Ihrer Forderung „Nährstoffüberschüsse in den Griff bekommen“ konkret aussehen?

Um die hohen Nährstoffüberschüsse in den sogenannten Hotspots der Tierhaltung zu verringern, gilt es an der Transportwürdigkeit der Gülle sowie der Inhaltsstoffanalyse zu arbeiten. Und auch über eine behutsame Dezentralisierung der Tierhaltung und leichtere Baugenehmigungen in vieharmen Regionen sollten wir offen diskutieren.

Welche Rolle spielen hierbei die Mineraldünger?

Die Weiterentwicklung von Konzepten zur gezielteren Mineraldünger-Ausbringung spielt eine Schlüsselrolle für eine effizientere Düngung. Einerseits wirkt sich die Erhöhung der Pflanzenverfügbarkeit positiv auf den Ertrag aus. Andererseits kann die Umweltbelastung durch die gezieltere Ausbringung des Düngers gesenkt werden. Übrigens, alle reden von Überdüngung – bei Phosphor und Kali gilt in vieharmen Regionen das Gegenteil –, auch das ist nicht nachhaltig.

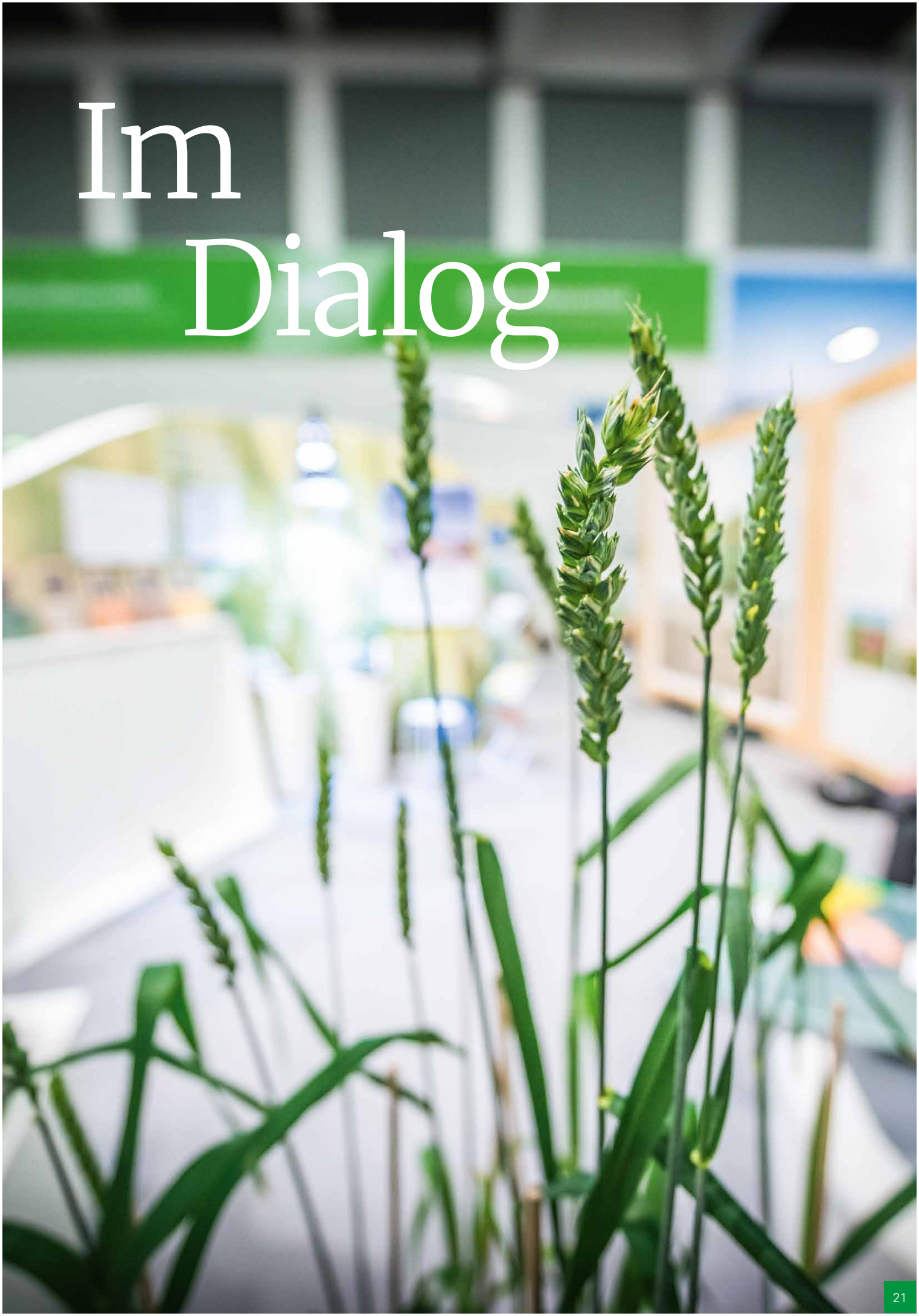
Viele Landwirte spüren eine schwindende gesellschaftliche Akzeptanz für ihren Beruf und fühlen sich als „Buhmänner“ der Nation. Was muss getan werden, um dieses Bild zu drehen?

Es gilt, das Vertrauen der Gesellschaft zurückzugewinnen. Wenn diese erkennt, dass wir Landwirte, die gesamte Branche, uns selbstkritisch mit dem, was wir tun, auseinandersetzen, dann hört sie uns wieder zu, dann kehren wir zurück in den „gesellschaftlichen Gestaltungsraum“. Dort kann man dann auch über Innovationen als Teil eines Köchers von Handlungsoptionen sprechen, die man bisher unter „industrialisierte Landwirtschaft“ kategorisch abgelehnt hat.

Jeder Einzelne von uns ist gefragt, in seinem persönlichen Umfeld den Dialog zu suchen und für Landwirtschaftsthemen zu begeistern. Doch das allein wird nicht reichen. Um auch in urbanen Zentren Gehör zu finden, haben wir mit dem FORUM Moderne Landwirtschaft einen geeigneten Ansatz gefunden, der unserer Unterstützung bedarf, auch finanziell.

red.

Im Dialog



Das trügerische Bauchgefühl Einstellungen zu chemischem Pflanzenschutz sind vielschichtig

Beim Wasserwerk von Lee County, Florida, standen die Telefone nicht mehr still, als die Moderatoren im Lokalradio ihre Hörer warnten: Vorsicht, aus dem Wasserhahn kommt Dihydrogenmonoxid! Nun ist H_2O aber genau das, was man in Wasserleitungen vermuten sollte. Auch war der Scherz nicht neu: Forderungen nach einem Verbot von Dihydrogenmonoxid findet man im Internet zuhauf, und bei Meinungsumfragen haben die Befürworter eines Verbots die Nase immer vorne.

Da verwundert es nicht, wenn bei einer von Greenpeace in Auftrag gegebenen Umfrage zu einer Chemikalie namens Glyphosat 83 Prozent deren Verbot forderten. Es gibt keinen Grund, an dem Ergebnis zu zweifeln. Bezweifelt werden darf aber, dass es um Meinungsforschung ging. Es ging eher darum, durch geschickte Fragestellung Greenpeace' eigene Forderung als Volkes Stimme darzustellen.

Erfahrene Meinungsforscher wissen: Überfällt man die Befragten mit Begriffen wie Dihydrogenmonoxid, Natriumchlorid oder Glyphosat, verzerrt man die Ergebnisse. Gerade bei chemischen Formeln reagieren Befragte oft ablehnend – auch wenn es nur um Wasser oder Kochsalz geht.

Der Industrieverband Agrar beauftragt jährlich eine repräsentative Bevölkerungsumfrage zur Entwicklung des Images und der Akzeptanz von chemischem Pflanzenschutz in der Öffentlichkeit (siehe Kasten). Die Ergebnisse helfen dem Verband, Themen zu identifizieren, Einstellungen zu verstehen und die eigene Kommunikation zu justieren.

Ein Schwerpunkt der Befragung 2016 galt Glyphosat, und die Interviews wurden zu einem ähnlichen Zeitpunkt gemacht wie die Greenpeace-Befragung. In der Branche war die Diskussion um die Wiederzulassung des Herbizid-Wirkstoffs ein, wenn nicht das Top-Thema des Jahres. Glyphosat war längst in den Tagesthemen angekommen. Das Bauchgefühl sagte: Von Glyphosat hat jeder schon einmal gehört.

Die Befragung im Juli 2016 förderte Überraschendes zutage: Auf die offene Frage, ob sie in letzter Zeit etwas zu Pflanzenschutzmitteln in den Medien gehört hätten, erwähnte nur jeder Fünfte Glyphosat. Die Interviewer fassten darauf mit einer Frage nach, in der die Substanz bewusst namentlich erwähnt wurde: „Haben Sie in letzter Zeit im Zusammenhang mit Pflanzenschutzmitteln etwas über Glyphosat gelesen oder gehört – und, wenn ja: Was war das?"

Die Antworten reichten von „das entscheidet gerade die EU" über „wahrscheinlich krebserregend" bis zu „da war was, ich weiß aber nicht mehr, was". Zusammen belief sich der Anteil derer, die mit Glyphosat etwas verbanden, auf 42 Prozent. Oder umgekehrt: Selbst bei „gestützter Erinnerung" (Glyphosat wird in der Frage erwähnt) gaben 58 Prozent an, nichts von Glyphosat gehört oder gelesen zu haben – kurz nachdem das Thema Ende Juni 2016 in den Medien besonders präsent war.

Auch in anderen Bereichen lohnt ein Blick auf die Ergebnisse im Detail. Deutlich angestiegen ist im vergangenen Jahr der Anteil derer, die den Nutzen von Pflanzenschutzmitteln anerkennen: 79 Prozent sagten, dass ihr Einsatz sich positiv auf das Einkommen der Landwirte auswirkt (2015: 50 Prozent), und 74 Prozent nannten als positive Wirkung die Steigerung der Erntemenge (2015: 69 Prozent).

Dazu passt, dass sich im langfristigen Mittel nur eine Minderheit für einen kompletten Verzicht auf Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft ausspricht (2016: 15 Prozent, 2015: 6 Prozent). Die häufigste Antwort auf die Frage „Was ist Ihrer Meinung nach am besten dazu geeignet, mögliche Probleme bei Pflanzenschutzmitteln auszuräumen oder in den Griff zu bekommen?" ist über die Jahre recht stabil: Bessere Pflanzenschutzmittel entwickeln (2016: 31 Prozent, 2015: 41 Prozent).

Martin May

Kurz & Knapp

Der IVA misst seit vielen Jahren regelmäßig das Meinungsklima zum Pflanzenschutz in Deutschland. Mindestens einmal im Jahr werden nach einem standardisierten Verfahren bei einer repräsentativen Stichprobe (> 1 000) in Telefoninterviews Einstellungen und Meinungen rund um die Themen Ernährung, Landwirtschaft und Pflanzenschutz erhoben. Die Ergebnisse fließen in die Planung der Öffentlichkeitsarbeit des Verbands ein.

Blattlaus, Kornkäfer und Co.:

Ungebetene Gäste am Frühstückstisch

Iiihh, ist das eklig! Das möchte ich aber nicht in meinem Müsli haben! – so und ähnlich klang es in diesem Jahr tausendfach am „Treffpunkt Pflanzenschutz und Pflanzenernährung“ auf der Internationalen Grünen Woche 2017 in Berlin. Denn in diesem Jahr empfingen über 1000 Mehlkäfer und Mehlwürmer die Besucher am Stand. Ein Publikumsmagnet, der auf eindrückliche Weise zeigte, warum es so wichtig ist, unsere Ernte zu schützen. Neben den Vorratsschädlingen, die über Äpfel und Haferflocken herfielen, konnten weitere Schaderreger wie der Kornkäfer oder der Drahtwurm bei ihrer vernichtenden „Arbeit“ beobachtet werden.

Passend zum gemeinsamen Hallenmotto „Guten Morgen, Berlin – Der ErlebnisBauernhof zum Frühstück“ zeigte der Stand dabei, welche Bedeutung Pflanzenschutz und Düngung für ausreichende und qualitativ hochwertige Lebensmittel – auch jeden Morgen auf unserem Frühstückstisch – haben. Mit verschiedenen Frühstückstellern, mangelernährten Tomatenpflanzen, befallenen Weizenkörnern, Mais- und Haferpflanzen mit Pilzkrankheiten und vielen weiteren Exponaten wurde den Besuchern das Thema am Beispiel Frühstück nähergebracht. Ein wichtiger Partner am Stand waren hierbei erneut die „Pflanzendoktoren“ der Deutschen Phytomedizinischen Gesellschaft (DPG), die über die Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten informierten und Schadinsekten ganz genau unter die Lupe nahmen.

Insgesamt stiegen die Besucherzahlen der Internationalen Grünen Woche im Vergleich zum Vorjahr wieder deutlich an. Auch der „Treffpunkt Pflanzenschutz und Pflanzenernährung“ war wieder ein beliebtes Ziel und konnte sich über großen Zuspruch freuen – beim „normalen“ Messebesucher, aber auch bei Politikern und Fachleuten. Die Experten des IVA suchten dabei den offenen Dialog auch zu kritischen Themen. Um den Austausch weiter zu fördern, wird der IVA mit seinem Treffpunkt im Verlauf des Jahres 2017 auch bei weiteren Messen und Events Präsenz zeigen.

Jenny Bosse

Nachgehakt

bei Sebastian Streit, Nachwuchssprecher der Deutschen Phytomedizinischen Gesellschaft e. V. (DPG)

Bereits zum dritten Mal waren die DPG-Junioren als Partner am Stand des IVA auf der Grünen Woche mit dabei. Was wollten Sie hier vermitteln?

Wir wollen auf verständliche Weise die Bedeutung von Pflanzenschutz für die weltweite Nahrungsmittelproduktion erläutern. Hierzu zählt in erster Linie zu vermitteln, dass Pflanzen genau wie wir Menschen krank werden können. Vielen ist das gar nicht so bewusst. Wir zeigen dabei ganz konkret, welche verschiedenen Maßnahmen zur Behandlung es – im Sinne des integrierten Pflanzenschutzes – gibt.

Was war Ihr persönliches Highlight auf der diesjährigen Grünen Woche?

Ein einzelnes Highlight ist schwer auszumachen. Für uns ist die gesamte Erfahrung vor Ort immer etwas Besonderes und die Mischung an unterschiedlichen Besuchern, mit denen man während der Messe ins Gespräch kommt. Im Gedächtnis bleibt immer auch der Besuch von Kindergruppen – mit ihrer großen Neugierde und Wissbegierde macht das einfach immer Freude. Für mich persönlich war ein weiterer Höhepunkt in diesem Jahr der Besuch einer Delegation schwedischer Landwirte, da ich selbst eine Zeit lang in Schweden gelebt habe.

Ernte in Gefahr!

Aktion „Schau ins Feld!“ mit Rekord-Teilnahme

„Wir haben hier gar nichts, ein kompletter Ernteausfall!“ – Das ist das ernüchternde Fazit von Winzerin Alexandra Becker im Jahr 2016. Sie steht in ihrem Kinderwingert in Mainz-Ebersheim. Die hier angelegten Weinstöcke bewirtschaften Kinder – unter Anleitung der erfahrenen Winzerin lernen sie die verschiedenen Schritte der Weinentstehung kennen: Vom Schneiden der Reben bis hin zur Lese. Letzteres musste im vergangenen Jahr jedoch ausfallen. Denn die Reben litten unter dem Dauerregen, waren stark vom Falschen Mehltau befallen und von Unkraut überwuchert.

Das Besondere an diesem Weinberg: Es handelt sich um ein Schau!-Fenster der Mitmach-Aktion „Schau ins Feld!“. Dabei verzichten Landwirte und Weinbauern auf einer selbst gewählten Teilfläche bewusst auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und machen so auf die Konsequenzen aufmerksam. Im vergangenen Jahr konnten die Folgen deutlich in den Reben von Alexandra Becker sowie über 600 weiteren Schau!-Fenstern bundesweit beobachtet werden: von Schädlingen und Pilzen befallene Pflanzen und eine deutlich geringere Ernte und Erntequalität.

2017 hat sich die Zahl der Teilnehmer nochmals deutlich gesteigert. Über 1 000 Schau!-Fenster werden über das ganze Land verteilt angelegt. Ein beeindruckender Rekord, der den Erfolg der im Rahmen der Initiative „Die Pflanzenschützer“ ausgerufenen Mitmach-Aktion untermauert. Den meisten der über 520 angemeldeten Ackerbauern, Winzern sowie Obst- und Gemüsebauern ist es darüber hinaus wichtig, über ihr Schau!-Fenster und die darin sichtbaren Folgen zu sprechen. Sie suchen den Austausch mit der Öffentlichkeit, veranstalten Führungen, dokumentieren die Entwicklungen über ihre Social Media-Kanäle oder laden die lokale Presse zur Besichtigung ein. So entstehen während der Saison zahlreiche Presseartikel, Blogbeiträge und Interviews über die Aktion „Schau ins Feld!“.

Der Verband unterstützt dieses Engagement der Landwirte und lobt jährlich den oder die „Pflanzenschützer des Jahres“ aus. Mit dieser Auszeichnung werden Teilnehmer prämiert, die besonders aktiv sind. Im letzten Jahr durften sich drei Landwirte über diese Ehrung freuen und gewannen eine Reise zur Internationalen Grünen Woche nach Berlin.

Jenny Bosse

Pflanzenschützer des Jahres 2016 (v. l. n. r.): Landwirt Michael Faust aus Großenlüder, Landwirt Yannick Nagel aus Nidda sowie Winzerin Alexandra Becker aus Mainz-Ebersheim

Schutz & Sicherheit

Das Prinzip der Umweltrisiko-bewertung

Viele Menschen sind skeptisch, wenn es um den Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft geht. Sie meinen, es gehe auch ohne, der Ökolandbau beweise es doch. Was jedoch nur wenige wissen: In jeder Form der landwirtschaftlichen Produktion werden Pflanzenschutzmittel eingesetzt. Ob konventioneller oder ökologischer Anbau – ohne Pflanzenschutzmittel geht es nicht. Denn die Pflanzen brauchen Schutz – das hat der witterungsbedingt unbeständige Sommer 2016 mit seinen teils katastrophalen Folgen für die Pflanzen und die Ernte wieder gezeigt. Auch dass Pflanzenschutzmittel außerordentlich gut untersuchte Chemikalien sind, ist weithin unbekannt.

Der Weg, den ein Mittel gehen muss, bis es vom Landwirt gekauft werden kann, ist lang. Im Durchschnitt vergehen zwölf Jahre zwischen dem Tag, an dem ein Chemiker im Labor einer der wenigen Firmen, die noch im Pflanzenschutz forschen, ein Molekül findet, das eine biologische Wirksamkeit verspricht, und dem Tag, an dem das

Mittel beim Landwirt ankommt und er auf der langen Gebrauchsanleitung liest, in welcher Kultur er es wann und in welcher Konzentration anwenden kann. Welche Abstände er zu Gewässern und Hecken einzuhalten hat. Mit welcher Anwendungstechnik er es anwenden darf. Das Unternehmen hat bis dahin etwa 270 Millionen Dollar ausgegeben. Wofür? Für sehr viele wissenschaftliche Studien, die neben der gewünschten Wirksamkeit auch die unerwünschten Wirkungen untersuchen und wie diese zu vermeiden sind.

Das Gesetz (EU-Pflanzenschutzverordnung 1107/2009) fordert, dass Pflanzenschutzmittel keine schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier haben dürfen. Auch die Umwelt darf nicht unter „unannehmbaren Auswirkungen" leiden, der Verbleib und die Ausbreitung von Pflanzenschutzmitteln, so das Gesetz, müsse daher besonders in Bezug auf die Kontamination von Oberflächengewässern, Grundwasser, Luft und Boden, ihrer Auswirkung auf Arten, die nicht bekämpft werden sollen, sowie der Auswirkung auf das Ökosystem geprüft werden.

Zentrale Aussage des Gesetzestextes ist also, dass eine Vielfalt an Lebensräumen zu berücksichtigen ist – Wasser, Boden, Luft – sowie unterschiedliche Elemente der Umwelt: Arten, biologische Vielfalt und Ökosysteme. Wesentlich ist auch, dass der Gesetzgeber nicht verlangt, dass Pflanzenschutzmittel frei von Auswirkungen auf die Umwelt sind (eine derartige Forderung wäre unrealistisch), vielmehr dürfen keine unannehmbaren Auswirkungen entstehen.

Was sind die Grundprinzipien einer Risikobetrachtung auf die belebte Umwelt? (Auf die toxikologische, das heißt die gesundheitliche Bewertung, wird in diesem Beitrag nicht eingegangen.) Das grundlegende Prinzip ist der Vergleich der ökotoxikologischen Wirkung mit der Exposition, also der in der Umwelt zustande kommenden Konzentration von Pflanzenschutzmitteln.

Es ist davon auszugehen, dass kein unannehmbares Risiko entsteht, wenn das Verhältnis von Ökotoxizität zu Exposition relativ groß ist, das heißt die Konzentration in der Umwelt niedriger ist als die Konzentration, bei der Effekte auftreten. In einer Formel ausgedrückt sieht dies so aus: TER = Ökotoxizität / Exposition (TER steht dabei für Toxicity Exposure Ratio).

Maßstab dafür, was eine „sichere Konzentration" ist, bildet der empfindlichste untersuchte Organismus. Angenommen bei Fischen zeigt sich bei einer Konzentration von 50 µg/l keine Wirkung mehr, bei Wasserflöhen bei 20 µg/l und bei Algen bei 10 µg/l, dann ist der für die Risikobetrachtung entscheidende Organismus die Alge.

Wenn ein Pflanzenschutzmittel bei einer Konzentration von 10 µg/l auf Algen keine Wirkung mehr zeigt

und unter den Anwendungsbedingungen nicht mehr als 0,5 µg/l in einem Bach in der Agrarlandschaft zu erwarten sind, dann ist das Verhältnis von Ökotoxizität zu Exposition so, dass man schon davon ausgehen könnte, dass das Mittel sicher angewandt werden kann. Um die Sicherheit dieser Rechnung aber noch zu erhöhen, wird zusätzlich ein Sicherheitsfaktor eingerechnet:

Beispiel Alge:

Angenommener Sicherheitsfaktor = 10
Wirkschwelle (wie oben genannt) = 10 µg/l
10 µg/l / 10 = 1 µg/l
Die Exposition darf in der Anwendungspraxis die Konzentration von 1 µg/l nicht überschreiten. Bei einer Exposition von 0,5 µg/l ist dies gegeben.

In der Bewertungspraxis liegen die Unsicherheitsfaktoren üblicherweise zwischen 5 (recht sicher) und 100 (recht unsicher).

Diese „Mathematik" fordert aber auch, dass alle Pfade, über die das Mittel in die Umwelt gelangen und damit zur Exposition beitragen kann, genau dargestellt werden. Und so wird zum Beispiel im Detail beschrieben,

- wie das Mittel über den Pfad „Verwehung von Spraydrift" in die Umwelt verteilt werden kann;
- wie das Mittel über „Abschwemmung von der Bodenoberfläche" in den nächsten Bach gelangen kann;
- wie es durch „Drainagen" in den nächsten Bach gelangen kann.

Um all diese Informationen zu bekommen, führen die Antragsteller zahlreiche Studien im Labor durch. Im Einzelnen sind dies Untersuchungen an Vögeln (zum Beispiel Wachteln), Wasserlebewesen wie Fischen (zum Beispiel Forellen), Fischnährtieren (zum Beispiel Wasserflöhe), Wasserpflanzen und Algen, terrestrischen Arthropoden (zum Beispiel Laufkäfer, Bienen), Regenwürmern, nicht zu den Zielgruppen gehörenden Bodenmikroarthropoden (zum Beispiel Collembolen und Milben) und wahrscheinlich gefährdeten, nicht zu den Zielgruppen gehörenden Organismen (Flora und Fauna).

Außerdem muss die Wirkung auf die Abwasseraufbereitung untersucht werden.

Da nicht alle vorkommenden Arten untersucht werden können, haben sich die Fachleute bei der Untersuchung auf die Auswahl von Stellvertreterarten geeinigt. Diese Stellvertreter stehen zum einen für die wichtigen Stufen in einem Ökosystem (Primärproduzenten, Primärkonsumenten et cetera), zum anderen für die empfindlichsten Arten ihrer Gruppe. Eine Stellvertreterin für die Kaltwasserfische ist zum Beispiel die Regenbogenforelle, für die Süßwasseralgen beispielweise Desmodesmus subspicatus.

Laborstudien haben den Vorteil, dass sie unter standardisierten Bedingungen durchgeführt werden können, aber den Nachteil, dass sie realistische Umweltbedingungen (zum Beispiel Sonneneinstrahlung, Niederschläge) nicht berücksichtigen. Deshalb werden, wenn nach Laborstudien noch Fragen offen sind, zusätzlich Freilandstudien unter wirklichkeitsnahen Bedingungen durchgeführt.

Das Ergebnis all dieser Studien zeigt ein recht komplettes Bild davon, wie sich die Substanzspuren, die in die Umwelt gelangen, dort verhalten, welche Nebenwirkungen entstehen können und ob diese vertretbar sind. Das Konzept dieser Überprüfung wird permanent fortgeschrieben und dem Stand von Wissenschaft und Technik angepasst.

Für die Zulassung eines Pflanzenschutzmittels sind europäische und nationale Behörden zuständig. Alle vorliegenden Daten werden von ihnen über mindestens ein Jahr genauestens geprüft. Häufig dauert diese Phase auch deutlich länger. Erst nach dieser gründlichen Prüfung entscheidet die Behörde, ob das Mittel zugelassen wird, und auch darüber, ob Risikominimierungsmaßnahmen (zum Beispiel Pufferzonen zu Gewässern) nötig sind.

Dr. Friedrich Dechet

Stabile Rücknahmeergebnisse bei PAMIRA:

Im Jubiläumsjahr zweitbestes Ergebnis erreicht

Im Jahr 2016 ist PAMIRA (Packmittel Rücknahme Agrar), das Rücknahme- und Entsorgungssystem für gespülte und restentleerte Verpackungen von Pflanzenschutz- und Flüssigdüngemitteln aus dem agrargewerblichen Bereich, 20 Jahre alt geworden. Seine Erfolgsgeschichte hat sich auch in diesem Jubiläumsjahr fortgesetzt: 2990 Tonnen wurden gesammelt und damit das zweitbeste Ergebnis seit Bestehen erreicht. In einem unter Druck stehenden Markt für Pflanzenschutzmittel ist dieser Erfolg umso bemerkenswerter. Es zeigt, dass PAMIRA als „gute landwirtschaftliche Praxis" etabliert und anerkannt ist und von dem über Jahrzehnte gewachsenen Vertrauen der teilnehmenden Landwirte, Händler und Hersteller profitiert.

PAMIRA hat im Berichtsjahr 348 offizielle Sammelstellen angeboten mit 366 Sammelterminen. Vorsammlungen durch Landwirte und Händler sind problemlos von der RIGK GmbH, Wiesbaden, dem Betreiber von PAMIRA, in die Erfassungsabläufe eingebunden worden. Stets achteten die geschulten Kontrolleure strikt darauf, dass die PAMIRA-Annahmebedingungen erfüllt waren. Auf Sauberkeit und das PAMIRA-Lizenzzeichen (2016 ist die Zahl der Lizenznehmer auf mehr als 80 angestiegen) wurde ganz besonderes Augenmerk gerichtet. Dem Landwirt wird bei der Abgabe eine Bestätigung über die ordnungsgemäße Entsorgung ausgestellt.

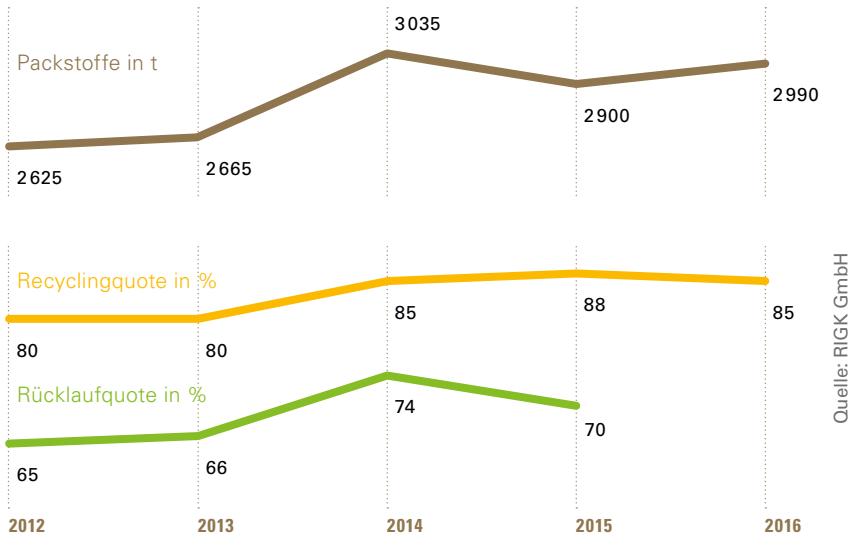
Im Sinne des von PAMIRA vertretenen hohen Qualitätsstandards sowie unter dem Gesichtspunkt „Verantwortliches Handeln" überprüfen eigene PAMIRA-Inspektoren ausgewählte Sammelstellen. Um den praktischen Anforderungen zu entsprechen, wurde auf deren Empfehlung beispielsweise an einigen Sammelstellen die Anzahl der PAMIRA-Kontrolleure weiter erhöht.

Herausragend ist der Anteil des werkstofflichen Recyclings von über drei Viertel der gesamten erfassten Packstoffmasse.

2017 wird PAMIRA weiter Optimierungen vornehmen und beispielsweise die Anzahl der Sammelstellen auf bundesweit 363 erhöhen. Termine und Details sind auf der PAMIRA-Webseite unter www.pamira.de abrufbar. Weiterhin wird zum Start der Sammelsaison neben einer Telefonhotline eine neue PAMIRA-App zur Verfügung stehen, die das Serviceangebot erweitert. Vor großen Herausforderungen steht PAMIRA mit dem in den parlamentarischen Beratungen stehenden Verpackungsgesetz. Werden die Forderungen des Bundesrates Gesetz, wird PAMIRA wohl nicht mehr in der Form existieren können, wie die Landwirtschaft dies in den vergangenen 20 Jahren gewohnt war.

Dr. Volker Kaus

PAMIRA: Entwicklung der Rücknahmemengen



® = eingetragene Marke des Industrieverbandes Agrar e. V.

PRE-System in seinem vierten Jahr:
Die Erwartungen haben sich erfüllt

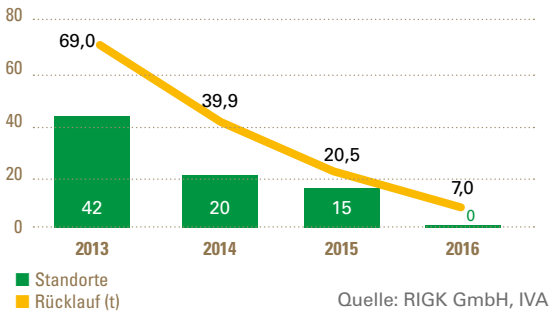
Das PRE-System (Pflanzenschutzmittel Rücknahme und Entsorgung), das unbrauchbare Pflanzenschutzmittel sowie weitere Chemikalien aus der Landwirtschaft erfasst und umweltgerecht entsorgt, hatte 2016 erstmals seit 2013 keine Annahmestellen eingerichtet. An der Entsorgung Interessierte konnten aber über die PRE-Webseite (www.pre-service.de) und die kostenlose Hotline (0800 3086001) Entsorgungsdienstleistungen der RIGK GmbH als Betreiberin von PRE in Anspruch nehmen. Anlass für den Verzicht auf Sammelstellen im Jahr 2016 war die Erfahrung aus dem Betrieb des Systems in den Jahren 2013 bis 2015, dass kein wesentlicher Bedarf mehr festgestellt werden konnte. So war die erfasste Menge von 69 Tonnen im Jahr 2013 auf 20,5 Tonnen im Jahr 2015 zurückgegangen.

Für 2016 ist daher auch erwartungsgemäß nur eine Sammelmenge von 7,0 Tonnen zu verzeichnen. Die überwiegende Anzahl der telefonischen Anfragen hat sich auf Kleinmengen bezogen, die von der RIGK auf alternative Entsorgungswege, wie zum Beispiel kommunale Schadstoffsammlungen oder lokale Entsorger in der Nähe der Anfallstelle, verwiesen worden sind.

Derzeit wird geprüft, ob im Jahr 2017 wieder Sammelstellen angeboten werden. Es gilt jedoch weiterhin: Das PRE-System besteht fort, und die RIGK ist via Webseite und Hotline erreichbar und bietet die gewohnte Qualität bei Entsorgungsanfragen.

Dr. Volker Kaus

PRE-Aktion 2013–2016
Pflanzenschutzmittel Rücknahme und Entsorgung



Quelle: RIGK GmbH, IVA

Nachgehakt

bei Markus Dambeck, Geschäftsführer RIGK GmbH, Betreiber PAMIRA und PRE

PAMIRA hat 2016 sein 20-jähriges Bestehen gefeiert. Wie bewerten Sie das System?
PAMIRA ist eine Erfolgsgeschichte, wenn man bedenkt, dass es im Sinne des Leitgedankens „Verantwortliches Handeln" auf freiwilliger Basis entwickelt worden ist. Wir freuen uns, dass nach wie vor so viele Landwirte und Händler unser Angebot wahrnehmen, und sind stolz darauf, die Sammelergebnisse stetig steigern zu können. Auch die stoffliche Verwertungsquote des gesammelten Materials ist mit circa 88 Prozent sehr erfreulich.

Warum funktioniert PAMIRA ohne gesetzliche Verpflichtungen?
PAMIRA stellt ein logisches Glied am Ende der Verbrauchskette von Pflanzenschutz- und Düngemitteln dar. Im Laufe der Jahre ist das System in Bezug auf die Abläufe in der Landwirtschaft stetig optimiert worden. PAMIRA ist und bleibt ein lernendes System in Bezug auf die Anforderungen der Praxis im Rahmen seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Wie ergänzt das System PRE das System PAMIRA?
Bei PAMIRA-Sammlungen sind wir häufig nach Rückgabemöglichkeiten für nicht mehr verwendbare Chemikalien, die in der Landwirtschaft Verwendung finden, gefragt worden. Daraus hat sich PRE entwickelt, das nunmehr auch schon vier Jahre erfolgreich im Markt ist.

Der Pflanzenschutzmarkt 2016

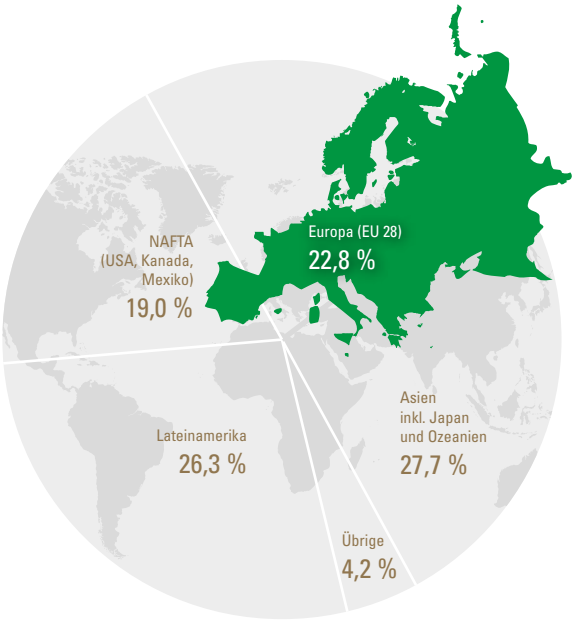
Abwärtstrend beim Verkauf von Pflanzenschutzmitteln

Das Berichtsjahr zeigt im Vergleich zum Vorjahr beim Verkauf von Pflanzenschutzmitteln einen wesentlichen Rückgang. Der Nettoinlandsumsatz (NIU) zum 31.12.2016 betrug 1,415 Milliarden Euro. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 11,1 Prozent im Direktgeschäft zwischen der im IVA organisierten Industrie und dem Pflanzenschutzgroßhandel.

Der Weltpflanzenschutzmarkt

Der Weltpflanzenschutzmarkt verzeichnet einen Umsatz von 49,92 Milliarden Dollar. Er ist damit um 2,5 Prozent zurückgegangen. Auf Euro-Basis entspricht dies einem Minus von 2,3 Prozent auf nunmehr 45,08 Milliarden Euro.

Aufteilung des Weltpflanzenschutzmarktes nach Regionen 2016 (Euro-Basis)



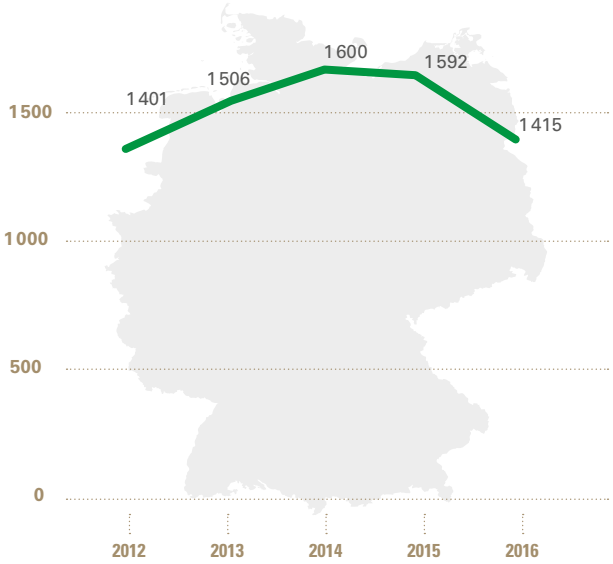
Quelle: Phillips McDougall

Der deutsche Pflanzenschutzmarkt

Das Jahr 2016 stellte viele Landwirte witterungsbedingt vor große Herausforderungen. Nach einem zunächst milden Winter, in dem sich die Kulturen gut entwickelten, folgte ein feuchtes und regnerisches Frühjahr. Die Sommermonate zeigten sich unbeständig mit teilweise extremen Wetterkapriolen und einem Wechsel von Dürre und Starkregen – ein echter „Achterbahn-Sommer". Dies wirkte sich entsprechend auf den Befall und damit den Pflanzenschutzmittelmarkt aus. Im Herbst 2016 hingegen herrschten überwiegend gute Aussaatbedingungen. Trockene Perioden führten dazu, dass sich Raps- und Getreidebestände zunächst nur zögerlich entwickelt haben.

Der Herbizidumsatz ist im Vergleich zum Vorjahr um 8,5 Prozent auf 582 Millionen Euro gesunken. Der Getreideherbizidmarkt hatte eine gute Herbstsaison 2015 zu verzeichnen. Deshalb, und unter Berücksichtigung des guten Wirkungsgrads in der Gräserbekämpfung, ist die Frühjahrssaison 2016 hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Zudem haben Preisreduktionen im Frühjahr 2016 die Umsätze zusätzlich geschmälert. Die Nachbehandlungen auch gegen Unkräuter haben sich auf einem niedrigeren Niveau als im Vorjahr bewegt. Der Markt für Rübenherbizide ist in gleichem Maße mit der Anbaufläche gestiegen. Der Markt für Maisherbizide ist bei konstanter Anbaufläche um circa 2 Prozent gesunken. Der Rapsherbizidmarkt war im Herbst 2016 mit gut entwickelten Beständen konfrontiert als Ergebnis der wüchsigen Bedingungen im Oktober. Die Rapsanbaufläche wurde zur Aussaat 2016 leicht ausgedehnt.

Entwicklung des Pflanzenschutzmarktes in Deutschland Nettoinlandsumsatz in Millionen Euro



Quelle: IVA-Mitgliedsfirmen im Fachausschuss Wirtschaft und Statistik

Der Fungizidumsatz ging im Vergleich zum Vorjahr um 15,9 Prozent zurück und schließt mit 598 Millionen Euro ab. Für Getreidefungizide bestand zu Beginn der Vegetation keine große Nachfrage, da die Bestände überwiegend gut entwickelt waren und nur leichten Krankheitsbefall zeigten. Besonders im Norden erreichte der Markt nicht das Niveau der Vorjahre. Dies konnte auch durch intensivere Behandlungen im Süden Deutschlands nicht ausgeglichen werden. Betroffen waren alle Segmente, besonders aber Behandlungen in den Wachstumsstadien T0, T1 und T2. Behandlungen in T3 wurden regional intensiver durchgeführt. In Bezug auf die Rapsfungizide erreichten die Maßnahmen zur Einkürzung nicht das erwartete Maß und die Behandlungen in der Blüte waren rückläufig. Die Nachfrage nach Kartoffelfungiziden hingegen stieg aufgrund des starken Pilzbefalls gegenüber dem Vorjahr an.

Der Insektizidumsatz liegt mit 135 Millionen Euro um 0,7 Prozent über dem Wert des Vorjahres. Der Insektenbefall im Raps war rückläufig. Auch im Getreide waren zunächst nur wenige Insektizid-Anwendungen notwendig. Im Herbst hingegen stieg die Behandlungsquote an.

Der Umsatz der „sonstigen" Pflanzenschutzmittel wie beispielsweise Wachstumsregulatoren, Rodentizide (Mittel zur Bekämpfung von Nagetieren) und Molluskizide (Schneckenmittel) ging um 9,9 Prozent auf 100 Millionen Euro zurück. Der Einsatz von Wachstumsregulatoren hat nicht das erwartete Maß erreicht, da aufgrund der Witterung wüchsige Getreidebestände in ihrer Entwicklung zunächst gehemmt wurden. Der Molluskizidumsatz endete spontan mit Einsetzen der Schönwetterphase ab Mitte August. So beschränkte sich der Verbrauch wesentlich auf Raps. Regionale Abweichungen im Vergleichszeitraum sind möglich und können zu unterschiedlichen Wahrnehmungen führen.

Nach Einschätzung der IVA-Mitgliedsfirmen hat das Gesamtvolumen der Importe über den Vorjahren gelegen, die Produktvielfalt hat weiter zugenommen.

Die Großhandels-Lagerbestände

Die Pflanzenschutzmittel-Lagerbestände im Großhandel sind zum 31.12.2016 mit 348 Millionen Euro wertmäßig um 8,7 Prozent reduziert worden.* Betroffen sind Herbizide, Fungizide und Insektizide. Nur bei den sonstigen Pflanzenschutzmitteln wurde der Lagerbestand im Vergleich zu 2015 leicht erhöht.
(* Quelle: Pflanzenschutzgroßhandel)

Pflanzenschutzmittel für Haus und Garten

Nicht nur die Landwirte, sondern auch die Hobbygärtner kämpften 2016 mit den extremen Wetterlagen. Zu trockene, zu feuchte oder zu warme Monate erforderten immer wieder wechselnde Maßnahmen und wirkten sich entsprechend auch auf den Pflanzenschutzmittelmarkt für Privatgärtner aus.

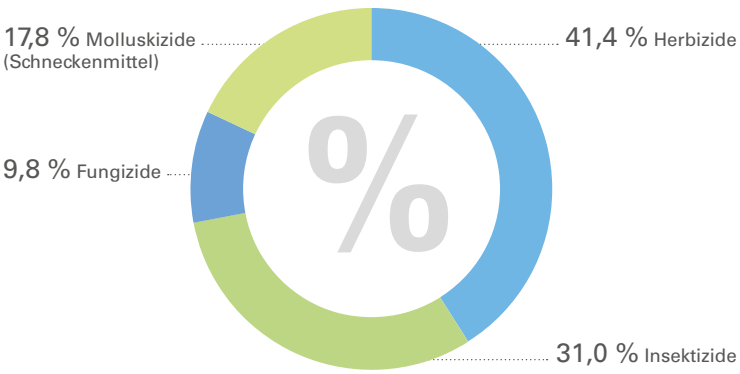
Insgesamt erzielte der Verkauf von Pflanzenschutzmitteln für Haus und Garten im Jahr 2016 einen Umsatz von 58,7 Millionen Euro. Dies bedeutet einen Rückgang von über 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Berechnungsbasis sind die Bruttopreise der Hersteller an den Handel.

Die Herbizide lagen mit 24,3 Millionen Euro leicht über dem Niveau des Vorjahres (2015: 23,9 Millionen Euro). Mit einem Anteil von nunmehr über 40 Prozent sind sie die deutlich umsatzstärkste Gruppe bei den Pflanzenschutzmitteln für private Anwender.

Teils drastische Umsatzrückgänge gab es indes bei den anderen Produktgruppen. Den stärksten Einbruch verzeichneten die Molluskizide, die nach dem Rekordjahr 2015 (13,5 Millionen Euro) in der zurückliegenden Saison nur noch einen Umsatz von 10,4 Millionen Euro erzielten. Bei den Insektiziden sank der Umsatz um 14 Prozent auf 18,2 Millionen Euro. Noch größer war der relative Umsatzrückgang bei den Fungiziden: Mit 5,8 Millionen Euro lag der Umsatz 2016 um fast 17 Prozent unter dem des Vorjahres. Nach den beiden vergangenen Ausnahmejahren befindet sich der Fungizidmarkt damit wieder annähernd auf dem Niveau von 2013.

Dr. Volker Kaus / Simone Rasch / Dr. Regina Fischer

Prozentuale Verteilung der Umsätze von Pflanzenschutzmitteln in Haus und Garten



Quelle: IVA-Mitgliedsfirmen im Fachausschuss Haus und Garten

Der Düngemittelmarkt 2015/2016

Weltweite Stabilität, Rückgang in Europa und Deutschland

Die globalen Absatzmärkte für Düngemittel zeigten sich im vergangenen Jahr insgesamt stabil. In Europa war ein geringes Minus von rund 2 Prozent über alle Nährstoffe zu verzeichnen. Für Deutschland fiel der Rückgang mit minus 4 Prozent bis minus 14 Prozent – je nach Nährstoff – noch deutlicher aus. In der laufenden Saison wird demgegenüber mit einer Zunahme gerechnet.

Welt

Die wirtschaftliche Entwicklung blieb im Jahr 2016 insgesamt schwach. Für das laufende Jahr 2017 ist mit einer verhalten positiven Entwicklung zu rechnen. Auf den Märkten für Agrarprodukte war die Saison 2015/16 vor allem für Getreide von schwachen Preisen und ungünstigen Wetterbedingungen gekennzeichnet. Während Futtergetreide und Reis rückläufig waren, konnte Weizen geringfügig zulegen. Eine stagnierende, schwache Nachfrage führte am Ende der Saison zu einem weiteren Anwachsen der Lagerbestände. Die gute Bestandsentwicklung und insgesamt günstige Wetterbedingungen lassen für die Getreidesaison 2016/17 in den großen Anbauregionen derzeit Rekordernten erwarten. Dies wirkt sich auch positiv auf die Preisentwicklung für Düngemittel aus.

Der Weltdüngemittelmarkt veränderte sich ebenfalls nur gering. Die Nachfrage war 2016 weitgehend stabil mit Zuwächsen von 1,9 Prozent für Stickstoff, 3,4 Prozent für Phosphat und 1,4 Prozent für Kali. Angesichts der weiterhin erwarteten Preisschwäche bei wichtigen Agrarprodukten, aber günstigen Wachstumsbedingungen in wichtigen Regionen der Welt, wird für das Jahr 2017 mit einem leicht zunehmenden Düngemittelabsatz gerechnet.

Europa

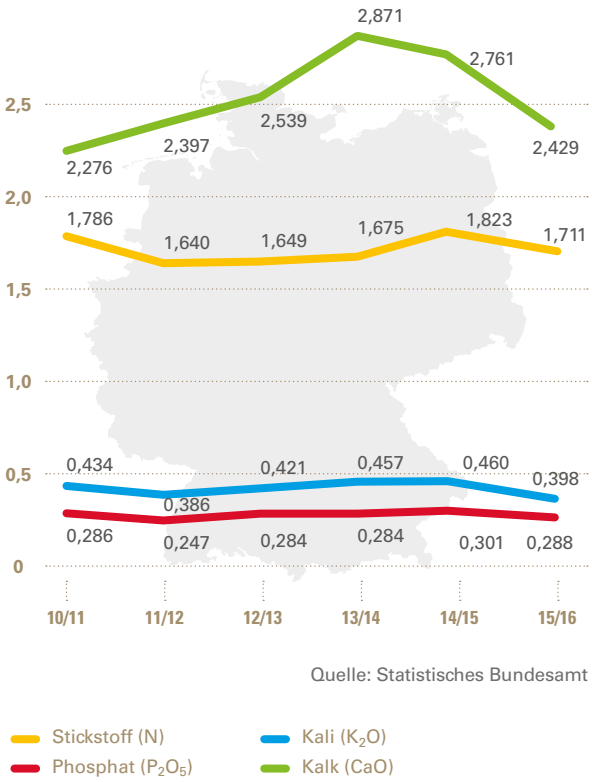
Die Düngemittelmärkte in Europa verzeichneten in der vergangenen Saison insgesamt einen leichten Rückgang und entwickelten sich damit ähnlich wie in Deutschland. Für die Industrie wie für die Landwirte war es bezüglich dieses Betriebsmittels insgesamt kein einfaches Jahr.

2015/16 wurden insgesamt 16,9 Millionen Tonnen Nährstoffe abgesetzt und damit knapp 1 Prozent weniger als im Vorjahr. Dieser Absatz fiel bei den einzelnen Nährstoffen unterschiedlich aus. So sank die Nachfrage nach Stickstoff leicht um minus 0,4 Prozent auf 11,4 Millionen Tonnen ab. Bei Phosphat hingegen stieg sie um ein 1 Prozent auf 2,6 Millionen Tonnen an. Bei Kali ergab sich ein Rückgang um 2 Prozent auf 2,9 Millionen Tonnen. In der laufenden Saison wird mit einer leicht positiven Entwicklung gerechnet.

Deutschland

Die Erträge 2016 lagen oft deutlich unter denen des Vorjahres. Ungünstige Vegetations- und Witterungsbedingungen vor allem im Frühsommer und zur Erntezeit ließen unter anderem die Erträge für Getreide weit hinter die Erwartungen zurückfallen. Die Getreideernte in Deutschland erreichte 2016 insgesamt 45,3 Millionen Tonnen und blieb damit 7 Prozent unter dem Vorjahr.

Entwicklung des Düngemittelabsatzes in Deutschland in Millionen Tonnen



Quelle: Statistisches Bundesamt

Auch der mehrjährige Durchschnitt (2010–2015) wurde mit 3 Prozent unterschritten. Die Getreidepreise standen bei vergleichsweise hohen Lagerbeständen und global guten Ernten anhaltend unter Druck. Der FAO-Getreidepreisindex lag im Oktober 2016 rund 10 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Der immer noch reichlich versorgte Weltmarkt lässt nach Expertenschätzung keinen großen Preisanstieg in der laufenden Saison erwarten. Das günstige Herbstwetter 2016 und der Winter haben bis Anfang 2017 insgesamt gute Bestände auf den Äckern in Deutschland heranwachsen lassen.

In der laufenden Düngesaison wird am Ende mit einer mindestens stabilen Absatzentwicklung gerechnet.

Stickstoff (N)

Für die Ablieferungen von Stickstoffdüngern ergab sich 2015/16 insgesamt ein Minus von rund 6 Prozent. Damit erreichte der Absatz insgesamt 1,71 Millionen Tonnen. Das entspricht dem langjährigen Durchschnitt und zeigt, dass die Landwirte in Deutschland ihr Düngeverhalten nicht grundsätzlich geändert haben. Vielmehr haben sie es dem Witterungsverlauf angepasst und die Nährstoffeffizienz vorangetrieben.

Aktueller Stickstoff-Düngemittelabsatz in Deutschland in Tausend Tonnen Stickstoff

Monat	2015/2016	2016/2017
Juli	144,4	130,4
August	110,1	128,9
September	101,5	108,0
Oktober	84,9	98,9
November	116,8	132,5
Dezember	111,9	117,5
Januar	154,9	115,3
Februar	156,2	121,8
Juli–Februar	**980,7**	**953,3**

Quelle: IVA

Bei den einzelnen Sorten erreichte nach wie vor Kalkammonsalpeter mit 34 Prozent den größten Anteil. Gegenüber dem Vorjahr ging der Absatz für diesen Dünger um 6 Prozent zurück. Der Anteil von Harnstoff blieb unverändert bei 25 Prozent. Erstmals seit mehreren Jahren war auch ein Rückgang um 2 Prozent bei den „anderen Einnährstoffdüngern" zu verzeichnen. Hierzu gehören unter anderem auch die schwefelhaltigen Düngemittel wie Ammonsulfatsalpeter. Ihr Anteil an den gesamten Stickstoffdüngern lag bei 22 Prozent.

Phosphat (P_2O_5)

Der Absatz im Berichtsjahr erreichte 287 762 Tonnen und umfasste damit 11 600 Tonnen weniger als im Vorjahr. Bei einer Umrechnung dieser Menge auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche ergibt sich eine durchschnittliche Anwendung von 18 Kilogramm pro Hektar, die weiterhin deutlich unter dem Entzug liegt. Die größten mineralischen Phosphatmengen erreichten die Landwirtschaft in Form von Mehrnährstoffdüngern wie NP- oder NPK-Düngern.

Kali (K_2O)

Beim Kaliabsatz war ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Der Gesamtabsatz lag bei 397 759 Tonnen und damit 62 096 Tonnen (minus 14 Prozent) unter dem Vorjahr. Der größte Anteil davon entfiel mit 68 Prozent auf Kaliumchlorid, während der Anteil von Kaliumsulfat bei 6 Prozent lag.

Kalk (CaO)

Der Absatz von Kalkdüngern ging um 10 Prozent zurück und lag bei insgesamt 2,43 Millionen Tonnen. Davon entfielen 76 Prozent auf den „kohlensauren Kalk", der damit weiterhin der deutlich wichtigste Kalkdünger bleibt.

Dr. Dietrich Pradt

Das Team
des Industrieverbands Agrar

Dr. Dietrich Pradt
Hauptgeschäftsführung

Christine Schulte
Assistentin Hauptgeschäftsführung

Ute Rathai
Assistentin Pflanzenernährung

Dr. Volker Kaus
Recht und Wirtschaft

Simone Rasch
Assistentin Recht und Wirtschaft

Dr. Sven Hartmann
Pflanzenernährung

Irene Horlebein
Buchhaltung

Martin May
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Jenny Bosse
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Maik Baumbach
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Helga Kreuz
Assistentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Friedrich Dechet
Technik und Umwelt

Christine Demuth
Assistentin Technik und Umwelt

Dr. Regina Fischer
Technik und Umwelt

Dr. Marco Reitz
Technik und Umwelt

Karin Reichert
Assistentin Technik und Umwelt

Mitgliedsfirmen Stand 2017

Pflanzenschutz

ADAMA Deutschland GmbH
Köln, www.adama.com

AEROXON Insect Control GmbH
Waiblingen, www.aeroxon.de

Agro-Kanesho European Branch
Stade, www.agrokanesho.co.jp

AlzChem AG
Trostberg, www.alzchem.de

Arysta LifeScience Germany GmbH
Düsseldorf, www.agriphar.com

BASF SE
Agrarzentrum Limburgerhof
Unternehmensbereich Pflanzenschutz
Limburgerhof, www.agrar.basf.de

Bayer CropScience Deutschland GmbH
Langenfeld, www.agrar.bayer.de

Bayer AG, Crop Science Division
Monheim, www.bayercropscience.com

Belchim Crop Protection
Zweigniederlassung Deutschland
Burgdorf, www.belchim.com

Cheminova Deutschland GmbH & Co. KG
Stade, www.cheminova.de

Compo GmbH
Münster, www.compo.com

Detia Freyberg GmbH
Laudenbach, www.detia-degesch.de

Dow AgroSciences GmbH
München, www.dowagro.de

DuPont de Nemours (Deutschland) GmbH
Neu-Isenburg, www.dupont.com

Frowein GmbH & Co. KG
Albstadt, www.frowein808.de

frunol delicia GmbH
Delitzsch, www.frunol-delicia.de

Glanzit Pfeiffer GmbH & Co. KG
Worms, www.glanzit.de

Helm AG
Hamburg, www.helmag.com

ICS Innovative Care Systems Andernach GmbH
Andernach

SC Johnson GmbH
Erkrath, www.scjohnson.de

Kwizda Deutschland GmbH
Aachen, www.kwizda-agro.at

Mitsui Chemicals Europe GmbH
Düsseldorf, www.eu.mitsuichem.com

Monsanto Agrar Deutschland GmbH
Düsseldorf, www.monsanto.de

MTD Products AG
Geschäftsbereich WOLF-Garten
Saarbrücken, www.wolf-garten.de

W. Neudorff GmbH KG
Chemische Fabrik
Emmerthal, www.neudorff.de

Nisso Chemical Europe GmbH
Düsseldorf, www.nisso-chem.de

Nufarm Deutschland GmbH
Köln, www.nufarm.de

Ploss Chemicals GmbH
Ochsenfurt, www.ploss-chemicals.de

Heinrich Propfe Chemische Fabrik GmbH
Mannheim, www.propfe-pflanzenpflege.de

Reckhaus GmbH & Co. KG
Bielefeld, www.reckhaus.de

Satec Handelsgesellschaft mbH
Elmshorn, www.satec-seedcoating.de

SBM Life Science GmbH
Langenfeld, www.bayergarten.de

Schirm GmbH
Schönebeck, www.schirm.com

Scotts Celaflor GmbH
Mainz, www.scotts.de

Spiess-Urania Chemicals GmbH
Hamburg, www.spiess-urania.com

Sumi Agro Ltd.
Niederlassung Deutschland
Eschwege, www.sumiagro.de

Syngenta Agro GmbH
Maintal, www.syngenta.de

Trifolio-M GmbH
Lahnau, www.trifolio-m.de

UPL Deutschland GmbH
Brühl, www.unitedphosphorus.de

Chemische Fabrik Wülfel GmbH & Co. KG
Hannover, www.wuelfel.de

Pflanzenernährung

AlzChem AG
Trostberg, www.alzchem.de

BASF SE
Polyamides & Precursors Europe
Cluster Fertilizers
Ludwigshafen, www.basf.com

BOREALIS L.A.T. GmbH
Linz (Österreich), www.borealis-lat.com

Compo-Expert GmbH
Münster, www.compo-expert.de

DOMO Caproleuna GmbH
Leuna, www.domochemicals.com

EuroChem Agro GmbH
Mannheim, www.eurochemagro.de

ICL Fertilizers Deutschland GmbH
Ludwigshafen, www.iclfertilizers.com

INEOS Köln GmbH
Köln, www.ineoskoeln.de

K+S KALI GmbH
Kassel, www.kali-gmbh.com

LANXESS Distribution GmbH
Leverkusen, www.lanxess-distribution.com

OCI Nitrogen B.V.
Geelen (Niederlande), www.ocinitrogen.com

YARA GmbH & Co. KG
Dülmen, www.yara.de

YARA Brunsbüttel GmbH
Brunsbüttel, www.yara.de

Weitere Informationen
finden Sie unter

www.iva.de

Herausgeber: Industrieverband Agrar e. V. (IVA) · Mainzer Landstraße 55 · 60329 Frankfurt am Main ·
Tel.: +49 69 2556-1281 · Fax: +49 69 2556-1298 · E-Mail: service.iva@vci.de · www.iva.de

Redaktion (red.), verantwortlich: Martin May, Jenny Bosse
Layout: Seippel & Weihe Kommunikationsberatung GmbH · Offenbach am Main · seippel-weihe.com
Produktion: Das Produktionsbüro · Alexander Knick · Babenhausen · AKonline.de

Bildnachweis: Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft: S. 18, 20 · IVA: S. 8, 15, 21, 23, 24 · iStockphoto: Titel, S. 5, 7, 9, 13, 25, 27 · RIGK GmbH: S. 28, 29 · Shutterstock: S. 26 · Team Uwe Nölke: S. 3, 34

Redaktionsschluss: April 2017. Abdruck honorarfrei, Beleg erbeten.